Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Leitfaden

Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen

Impulse des DFK-Sachverständigenrates für die Auswahl & Durchführung wirksamer Programme

- Ein Leitfaden für die Praxis -

Heute für ein besseres Morgen.

gefördert von:

Bundesministerium der Justiz

Herausgeber:
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

1. Auflage
© Copyright 04/2013 DFK Bonn
Alle Rechte vorbehalten

Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen

Impulse des DFK-Sachverständigenrates für die Auswahl & Durchführung wirksamer Programme

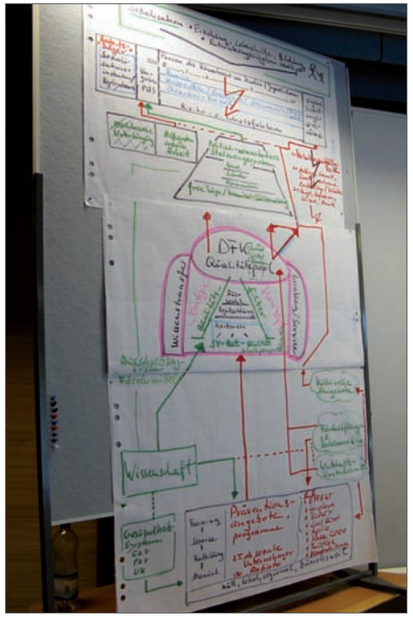
- Ein Leitfaden für die Praxis -

Autoren:
Prof. Dr. Britta Bannenberg, Justus-Liebig-Universität Gießen
Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Dr. Christian Böhm, Landesinstitut für Lehrerbildung Hamburg
Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei Münster
Prof. Dr. Nina Heinrichs, Technische Universität Braunschweig
Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel, University of Cambridge
Erich Marks, Landespräventionsrat Niedersachsen
Prof. Dr. Siegfried Preiser, Psychologische Hochschule Berlin
Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel, Universität Wien
Elmar Undorf, Schulpsychologischer Dienst Rhein-Sieg-Kreis
Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg
Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld

Endredaktion
Wolfgang Kahl
Prof. Dr. Siegfried Preiser
Prof. Dr. Ulrich Wagner

Heute für ein besseres Morgen.

Sachverständige im Arbeitsprozess



Einführung : Zum DFK-Projekt 2

1. Präambel: Positive Entwicklung junger Menschen fördern 5

2. Entwicklungsrisiken und Gewaltphänomene im jungen Alter 7

3. Handlungsebenen und Ansätze 9

4. Theoretische Fundierung und Konzipierung 12

4.1 Zielgruppe: Wer soll gefördert werden? 13

4.2 Inhalte: Was soll gefördert werden? 13

4.3 Umsetzung: Wie sollen die Maßnahmen durchgeführt werden? 19

4.4 Strategien: Ausprägungen nach Inhalts- und Durchführungsqualität 21

5. Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität 23

5.1 Grundsätzliches: Was ist eine Evaluation? 23

5.2 Prozessevaluation: Wie werden Planung und Durchführung evaluiert? 24

5.3 Wirkungsevaluation: Wie kann Wirksamkeit nachgewiesen werden? 25

5.4 Effekte: Wodurch können Ergebnisse beeinflusst werden? 27

5.5 Qualitätssicherung & Zertifizierung: Wie können gute Ergebnisse auf Dauer erzielt werden? 28

6. Effektivität: Wirksamkeit und ihre Einflussfaktoren 29

6.1 Effektivität: Welche Ansätze haben sich als wirksam erwiesen? 29

6.2 Effektivität: Welche Prinzipien sind bei Planung und Durchführung zu beachten? 31

6.3 Effektivität: Welche Aspekte müssen bei der Bewertung von Wirksamkeitsaussagen berücksichtigt werden? 32

6.4 Kosten und Nutzen: Sind Präventionsmaßnahmen auch ökonomisch sinnvoll? 34

7. Implementation: Umsetzung in Kitas, Schulen u.a. Einrichtungen 35

8. Transfer: Hindernisse und Möglichkeiten 41

Ausblick 44

Weiterführende Literatur 46

Einführung

Die *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)* befasst sich kontinuierlich und schwerpunktmäßig mit der Frage, wie Gewaltprävention systematisch und nachhaltig gestaltet und verbreitet werden kann.

Bereits im Gründungsjahr 2001 analysierte eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe des DFK das amerikanische Konzept der sogenannten Hate Crimes im Hinblick auf die deutsche Situation. Hauptergebnis der mehrjährigen Arbeit waren Empfehlungen zur „*primären Prävention von vorurteilsbedingter Gewalt gegen Gruppenangehörige.*“ Im Kern wurden frühes soziales Norm- und Verhaltenslernen in der familiären Basissozialisation sowie in Kindergarten und Schule empfohlen.

Im Sommer 2006 konnten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten in einem federführend vom DFK erarbeiteten Bericht über den „*Stand der Gewaltprävention in Deutschland sowie über zentrale Handlungserfordernisse zu ihrer nachhaltigen Gestaltung*“ unterrichtet werden. Der Bericht hält fest, dass das Wissen über die Nachhaltigkeit, die Übertragbarkeit der vielfältigen Verfahren und Erfahrungen sowie über die Gelingensbedingungen der Strategien verbesserungsbedürftig ist. Die flankierend vom *Deutschen Jugendinstitut (DJI)* herausgegebene „*Zwischenbilanz zu den Strategien und Handlungsfeldern der Gewaltprävention*“ sieht die zentrale Herausforderung in der Absicherung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien.

Zur Fortentwicklung des Angebotsspektrums hat das DFK daraufhin in der 2008 herausgegebenen Expertise „*Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter*“ ein entwicklungsorientiertes Verständnis von Prävention vorgestellt. Die Auswirkungen des eingeleiteten Perspektivenwechsels von einem an Defiziten ausgerichteten Ansatz hin zu einem an Stärken anknüpfenden Verständnis, ohne jedoch Defizite außer Acht zu lassen, zeigen sich u.a. bereits bei einigen erprobten und evaluierten Programmen zur Förderung von Kompetenzen, Selbstbewusstsein und Empathiefähigkeit.

Die Bedarfe nach Unterstützung beim Umgang etwa mit Störungen, Mobbing, Gewaltphänomenen, Suchtverhalten und psychischen Auffälligkeiten werden in den Regelsystemen von Bildung und Erziehung nach wie vor artikuliert. Trotz oder vielleicht gerade wegen der beachtlichen Vielfalt des dem Bedarf gegenüber stehenden Spektrums von Angeboten ergab sich für das DFK dann folgende Ausgangslage:

Erstens zeigt sich, dass die Bedarfe zur Stärkung von Erziehungskompetenzen in den Kindertagesstätten, Einrichtungen der sozialen Kinder- / Jugendarbeit und Schulen von ihren verantwortlichen Trägern und Verwaltungen nur (sehr) begrenzt systematisch aufgegriffen werden.

D.h.: Insbesondere von Praxis und Experten für notwendig erachtete Anpassungen etwa in der Aus- und Fortbildung sowie bei der Organisationsentwicklung werden nicht oder nur zögerlich eingeleitet.

Zweitens muss festgestellt werden, dass die Qualität des Großteils der gewaltpräventiven Angebote problematisch, da in aller Regel ungeklärt ist.

D.h.: Bedarfsträger experimentieren häufig mit ungeprüften bzw. unwirksamen Angeboten.

Drittens existiert bereits seit einigen Jahren ein großes Wissen um eigentlich wirksame gewaltpräventive Ansätze und ihre Implementierungsvoraussetzungen, jedoch sind diese in der Praxis nicht in ausreichendem Maße bekannt, geschweige denn stehen sie den Bedarfsträgern nachhaltig und in qualitätsgesicherter Weise zur Verfügung.

D.h.: Wirksame Ansätze finden keine systematische und damit nachhaltige Verbreitung.

Viertens: Vielfältige Bemühungen zur Qualitätsverbesserung, -verbreitung und -sicherung (etwa Projektmanagement-Tools, Programmdatenbanken, wissenschaftliche Reviews und Expertisen) zeigen bislang wenig Wirkung.

D.h.: Der Wissenstransfer ist nicht effektiv und/oder wahrgenommene Erkenntnisse wollen/können nicht aufgegriffen werden.

Im Herbst 2012 konnte das DFK zur weiteren Klärung der aufgezeigten Probleme (unzureichende Systemanpassungen, Verbreitung unwirksamer Angebote, fehlende Verstetigung wirksamer Ansätze, geringe Wirkung bisheriger Steuerungsinstrumente) einen Sachverständigenrat mit 13 Experten aus Wissenschaft und Praxis einberufen, der seitdem insbesondere daran arbeitet

- mehr Transparenz über wirksame und praxistaugliche Angebote und ihrer Implementierung herzustellen
- die wirksamen und praxistauglichen Angebote stärker zu verbreiten und miteinander zu verknüpfen

- mehr Wissen über noch ungeprüfte Angebote, über die Implementierung von Angeboten sowie über die Verknüpfung / Verzahnung von Angeboten zu erhalten.

Erstes Ergebnis ist der vorliegende Leitfaden „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen*“, der im Rahmen des 18. Deutschen Präventionstages (DPT) in Bielefeld vorgestellt und diskutiert wird. Er knüpft an die Expertise „*Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter*“ an und erweitert die fördernde und präventive Perspektive insbesondere um Aspekte der Effektivität, der Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität sowie der Implementierung in Kitas und Schulen. Schließlich werden Fragen des Transfers und einer weitergehenden Verbreitung (Dissemination) von wirksamen und praxistauglichen Präventionsangeboten erörtert.

Der Leitfaden richtet sich an professionelle Praktiker, aber auch an Entscheidungsverantwortliche in Institutionen, in Verwaltung und nicht zuletzt in Politik.

Im Namen des DFK-Vorstands und der Mitarbeiter/innen der DFK-Geschäftsstelle danke ich den Autorinnen und Autoren für die ausdauernde Kooperation und das gelungene Gemeinschaftswerk sowie dem Bundesministerium der Justiz (BMJ), das mit einer finanziellen Zuwendung die Arbeit unterstützt hat.

Nun wünsche ich allen Lesern eine inspirierende Lektüre, die mit einem Ausblick endet, in dem die weiteren Arbeitsziele des DFK-Projektes „*Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen*“ vorgestellt werden.

Wolfgang Kahl, Projektverantwortlicher im DFK, im April 2013

1 Präambel: Positive Entwicklung junger Menschen fördern

Fast jeder fünfte junge Mensch in Deutschland zeigt zeitweise problematische Auffälligkeiten des Erlebens und Verhaltens. Neben nach innen gerichteten Formen wie Ängsten und depressiver Stimmung sind vor allem Aggression, Delinquenz, Gewalt, Kriminalität und Substanzmissbrauch weit verbreitet. Ein Großteil dieser Verhaltensauffälligkeiten ist nicht sehr schwerwiegend und wird durch ein stabilisierendes soziales Umfeld und andere positive Einflüsse in der Entwicklung wieder überwunden. Dies gilt zum Beispiel für die sogenannte jugendtypische Delinquenz. Ein kleiner Teil eines Altersjahrgangs entwickelt aber schon in der Kindheit schwerwiegende und langfristige Probleme, die bis ins Erwachsenenalter andauern können. Auch bei den erst später auffällig werdenden Jugendlichen verschwinden die Probleme oft nicht wieder von selbst. Insbesondere die gravierenden Verhaltensprobleme führen zu Leiden bei Tatopfern, in der Familie und im sozialen Umfeld. Auch die Täter sind nicht selten zugleich Opfer, z. B. als Folge von Misshandlung, familiärer Vernachlässigung oder beeinträchtigender Lebensumstände. Die Probleme des Sozialverhaltens gehen zudem mit erhöhten Schwierigkeiten in der Bildung, beruflichen Qualifikation, Gesundheit und sozialen Integration einher. Für die Gesellschaft entstehen erhebliche Kosten, die im Einzelfall durchaus mehr als eine Million Euro betragen können.

Sowohl im Hinblick auf die Opfer und Täter als auch auf die Gesellschaft insgesamt ist es deshalb erforderlich, durch präventive Maßnahmen so früh und so gut wie möglich gegenzusteuern. Dies geschieht im Rahmen der entwicklungsbezogenen Prävention. Hierbei wird gezielt auf die Kinder und Jugendlichen, ihre Familie, die Schule, die Gleichaltrigengruppe oder die Nachbarschaft eingewirkt, um kausale Risikofaktoren für Fehlentwicklungen zu vermindern und Schutzfaktoren zu stärken. In der entwicklungsbezogenen Prävention geht es also sowohl darum, eventuelle Defizite zu reduzieren als auch die positive Entwicklung junger Menschen zu fördern. Der entwicklungsbezogene Ansatz steht nicht in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen (z. B. der situationsbezogenen Kriminalprävention), sondern ist ein zentraler Bestandteil von integrierten, ressortübergreifenden Präventionskonzepten.

Die wichtigsten individuellen, familiären und sozialen Risikofaktoren für die Verhaltensprobleme junger Menschen sind bekannt, während der Einfluss von Schutzfaktoren noch weniger erforscht ist. Die Entwicklungsrisiken können in den einzelnen Fällen unterschiedlich wirken und variieren auch je nach Alter und Entwicklungsstand. Darauf sollten die jeweiligen Präventionsprogramme abgestimmt sein. In Deutschland existieren inzwischen zahlreiche Ansätze,

um der Entstehung und Verfestigung von kindlichen Verhaltensproblemen vorzubeugen und eine positive Entwicklung zu fördern. Dazu gehören z. B. soziale und kognitive Frühförderung, Trainings der sozialen Kompetenz, Elternberatung, Erziehungskurse, Hausbesuche durch Familienhelfer, Ganztagsbetreuung, Programme gegen Mobbing in Schulen, Maßnahmen gegen Schulversagen, Elterntreffs in sozialen „Brennpunkten“, Integrationsprogramme für Migranten, Nachbarschaftshilfen oder Behandlungsmaßnahmen bei Jugenddelinquenz. Im Vergleich zur Vielfalt der Aktivitäten besteht jedoch ein klares Defizit an methodisch gut evaluierten Programmen und ein Defizit in der nachhaltigen Umsetzung solcher Programme.

Die internationale Forschung legt nahe, dass die entwicklungsbezogene Prävention erfolgversprechend ist und sich wirksame Programme auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten rechnen. Es ist deshalb dringend erforderlich, dass dieser Bereich in Deutschland ausgebaut wird, und zwar nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch hinsichtlich der Qualität der Interventionen. Diesem Ziel dient der folgende Text. Er enthält grundlegende Überlegungen und Kriterien für eine erfolgreiche Entwicklung, Durchführung, Evaluation und Verbreitung von Präventionsprogrammen. Die knapp gehaltene Information soll Praktikern, Politikern, Administratoren und anderen interessierten Personen dabei helfen, die Qualität von vorhandenen Präventionsprogrammen angemessen zu beurteilen und fundierte Entscheidungen zu treffen. Der Text kann außerdem dazu genutzt werden, den Bedarf an neuen Programmen abzuschätzen und diese fachlich fundiert zu entwickeln.

2 Entwicklungsrisiken und Gewaltphänomene im jungen Alter

Ein **gewalttätiges Verhalten** ist für Opfer, aber auch langfristig für die Täter sowie für die Beobachtenden und indirekt Betroffenen mit negativen Konsequenzen verbunden. Es wird deshalb allgemein als ein Verhalten angesehen, das es möglichst zu verhindern gilt. Zwar tragen mediale Berichterstattungen oftmals dazu bei, dass das Auftreten gewalttätigen Verhaltens fälschlicherweise überschätzt wird. Dennoch zeigen sich in verschiedenen Studien und Statistiken immer wieder Befunde, die Präventionsmaßnahmen notwendig erscheinen lassen. Im Folgenden einige **ausgewählte Ergebnisse**:

- Im Bereich der Gewaltkriminalität lag der Anteil der jugendlichen Tatverdächtigen (14 bis unter 18 Jahre) in der Kriminalstatistik von 1998 bis 2008 bei rund 21% und ist bis 2011 auf rund 17% gesunken. Jugendliche sind also bei der Registrierung von Gewalttaten bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil von etwa 4,5% deutlich überrepräsentiert.
- In so genannten Dunkelfeldbefragungen, in denen Personen in Fragebogenuntersuchungen gefragt werden, ob sie delinquentes Verhalten gezeigt haben, gaben rund 17% aller Jugendlichen an, in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Gewaltdelikt begangen zu haben, und nach eigenen Angaben zählen rund 4% zu den Gewalt-Mehrfach-Tätern.
- 6 - 16% der Jungen und 2 - 9% der Mädchen aus der Allgemeinbevölkerung im Alter von 4 - 16 Jahren leiden unter einer psychischen Störung, die mit aggressivem oder delinquentem Verhalten einhergeht.
- In Befragungen zum Mobbing an Schulen geben zwischen 10 und 12% der Schüler/innen an, regelmäßig von Mobbing – als Täter und/oder Opfer – betroffen zu sein.

Für eine zielgerichtete Empfehlung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen ist eine präzisere Definition des Gewaltbegriffs notwendig. Je nachdem, aus welcher wissenschaftlichen Disziplin heraus man die Frage betrachtet und welche Aggressions-bzw. Gewalttheorie man zugrunde legt, kommt man jedoch zu recht unterschiedlichen Definitionen und Umschreibungen.

Eine weithin akzeptierte Definition von Gewalt lautet:
Interpersonale Gewalt umfasst die spezifische, zielgerichtete physische und/oder psychische, beabsichtigte Schädigung einer oder mehrerer Personen durch eine oder mehrere andere Person(en), die über eine ausreichende körperliche und/oder soziale Stärke oder Macht verfügt bzw. verfügen.

Im Alltag werden die Begriffe Gewalt, Aggression, Delinquenz, Kriminalität und dissoziales bzw. antisoziales Verhalten häufig unklar, unterschiedlich und zuweilen auch synonym verwendet. Die vollständige Abgrenzung von interpersonaler Gewalt zu Begriffen wie Aggression, aggressives Verhalten, Delinquenz und dissoziales Verhalten erweist sich auch in der fachwissenschaftlichen Diskussion als schwierig. Zum einen gibt es breite Überschneidungsbereiche bezüglich der zugrundeliegenden Verhaltensweisen (z.B. stellt Körperverletzung sowohl ein delinquentes, aggressives als auch ein gewalttätiges Verhalten dar), zum anderen gibt es Verhaltensweisen, welche z.B. als delinquent, nicht aber als interpersonal gewalttätig gelten (z.B. Diebstahl).

Grundsätzlich weiß man heute, dass gerade ein früh einsetzendes, kontinuierlich gezeigtes, aggressiv-gewalttätiges oder delinquentes Verhalten zu einem langjährigen und fortdauernden Verhalten dieser Art führen kann und dass es eine kleine Gruppe Betroffener gibt, die als Mehrfachtäter – insbesondere bei Gewalttaten – auffällig sind. Um diese negativen Entwicklungen zu verhindern, bedarf es evaluierter, entwicklungsorientierter Präventionsmaßnahmen und -programme.

3 Handlungsebenen und Ansätze

Maßnahmen zur Prävention sollten genau beschreiben, auf welches Zielverhalten sich die Maßnahmen beziehen, das heißt, Gewaltpräventionsmaßnahmen sollten einerseits genau beschreiben, was sie unter „Gewalt“ verstehen und andererseits in Form von Evaluationen belegen, dass diese von ihnen definierte Form von Gewalt auch durch die Maßnahmen verändert bzw. verhindert wurde/wird. Hierbei ist zudem von Bedeutung, auf welche Gruppen Maßnahmen und Programme ausgerichtet sind.

Prävention bezieht sich auf Maßnahmen und Programme, die

- vor dem eigentlichen Auftreten einer Störung oder Problematik ansetzen, um das Auftreten zu verhindern ***(Primärprävention)***,
- eingeleitet werden, wenn die eigentliche Störung bzw. die Problematik bereits aufgetreten ist und einer Verfestigung vorgebeugt werden soll ***(Sekundärprävention)***,
- initiiert werden, um ein Wiederauftreten, das Auftreten weiterer Störungen oder Langzeitproblematiken vorzubeugen ***(Tertiärprävention)***.

Primäre Prävention zielt damit darauf ab, bekannten Risikofaktoren von Störungen und Problemen entgegenzuwirken. ***Sekundäre Prävention*** hingegen befasst sich mit der konkreten Behandlung von Störungen im Frühstadium und ***Tertiäre Prävention*** mit der Rehabilitation und Vorbeugung (Prophylaxe) des Wiederauftretens von Störungen.

Neuere Ansätze in der Präventionswissenschaft folgen einer Unterscheidung, die sich stärker an möglichen Zielgruppen einer Maßnahme oder eines Programms orientiert: Danach kann unterschieden werden zwischen universellen, selektiven und indizierten bzw. indikativen Ansätzen:

- ***Universelle Ansätze*** beziehen sich auf die gesamte Bevölkerung bzw. auf unselegierte Bevölkerungsgruppen, so zum Beispiel alle Schüler einer Schule, alle Kinder in einem Kindergarten usw.
- ***Selektive Ansätze*** beziehen sich auf Subgruppen mit ersten Risikofaktoren, also auf Personen, die ein erhöhtes Risiko haben, ein aggressives Verhalten zu zeigen oder Opfer von Gewalt zu werden.

- ***Indizierte Ansätze*** schließlich beziehen sich auf Personen, die eindeutige Risikofaktoren und faktisch erhöhte Aggression und Gewalt zeigen.

Für die Entscheidung, bei welcher Zielgruppe sinnvollerweise Maßnahmen und Programme ansetzen sollten, um aggressivem Verhalten, Gewalt, Mobbing usw. entgegenzuwirken, sind die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Effektstärke: Häufig orientieren sich Planungen an nachgewiesenen Effektstärken, also daran, wie stark eine Wirkung einer Maßnahme in einer Gruppe von Personen im Vergleich zu einer unbehandelten Kontrollgruppe ausfällt. Da in einer universellen, unselegierten Zielgruppe bei den meisten Teilnehmern kein Veränderungsbedarf und auch nur geringfügige Veränderungsmöglichkeiten bestehen, ergeben sich naturgemäß für unselegierte Zielgruppen im Vergleich zu selektiven und indikativen Maßnahmen nur geringere Effektstärken. Bei den Personen, bei denen von vornherein kein Gewaltkriminalitätsrisiko besteht, kann man natürlich keine Veränderungen dieses Risikos nachweisen.

Teilnehmerzahl: Selektive und indikative Maßnahmen können wegen der geringeren Teilnehmerzahlen im Einzelnen zwar kostengünstiger sein, die Maßnahmen an sich können sich aber unter Umständen auch wegen des Selektionsaufwandes aufwändiger gestalten und somit mehr Ressourcen in Anspruch nehmen als universelle Maßnahmen.

Stigmatisierung: Auch ist zu berücksichtigen, dass selektive und indizierte Maßnahmen die Gefahr einer möglichen Stigmatisierung beinhalten, da hierbei offen erkennbare Unterschiede zwischen „unauffälligen“ Personen und Personen mit höherem Risiko oder ersten Problemen gemacht werden. Dies kann im Sinne einer Ausgrenzung für diese Personen negative Auswirkungen haben. Universelle Maßnahmen vermeiden das Risiko einer Stigmatisierung.

Positive Gesamtwirkung: Schließlich haben universelle Präventionsmaßnahmen und -programme oftmals den Effekt, dass diese eine breitere, positive Wirkung haben, also z.B. nicht nur ein aggressives Verhalten verhindern, sondern sich auch positiv auf die Herausbildung sozialer Kompetenzen auswirken.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen können:

- Personenzentrierte Programme arbeiten direkt mit Tätern, Opfern, resp. Personen, die ein höheres Risiko aufweisen, Täter oder Opfer von Gewalt zu werden.
- In familienbezogenen Ansätzen werden Maßnahmen im familiären Umfeld umgesetzt.
- Klassischer Weise werden Gewaltpräventionsmaßnahmen im Kindergarten oder der Schule in ganzen Klassen-/Gruppenverbänden oder Einrichtungen umgesetzt.
- Andere Maßnahmen wiederum setzen in der Gemeinde, im sozialen (Wohn-) Umfeld, an.
- Schließlich gibt es Ansätze, in denen Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen kombiniert werden.

4 Theoretische Fundierung und Konzipierung

Entwicklungsorientierte Gewaltprävention geht von der Annahme aus, dass dissoziale Verhaltensprobleme und schwerwiegende Formen von Kriminalität oft eine Entwicklungsgeschichte aufweisen. Zahlreiche Entwicklungsstudien bestätigen, dass aggressive und gewalttätige Verhaltensprobleme im Kindes- und Jugendalter weit verbreitet sind und einem beträchtlichen Risiko der Verfestigung im Entwicklungsverlauf unterliegen, wodurch Gewalt begünstigt wird. Vor allem bei frühzeitigen und schwereren Problemen sind nicht selten dauerhafte Problemkarrieren bis ins Erwachsenenalter zu erwarten. Hier setzt die entwicklungsorientierte Gewaltprävention an.

Die umfangreiche Ursachenforschung konnte in den letzten Jahren zeigen, dass zahlreiche biologische, psychologische und soziale Faktoren für Probleme von Gewalt und Kriminalität verantwortlich sind. Dementsprechend existieren unterschiedliche Präventionskonzepte. Neben *sozial- und bildungspolitischen* Initiativen (z.B. finanzielle Unterstützung für sozial benachteiligte Familien, umfangreiche Betreuungsangebote wie Ganztagsschulen) oder *polizeilichen und juristischen* Präventivkonzepten (z.B. veränderte Waffengesetzgebung, verstärkte Videokontrollen an Kriminalitätsschwerpunkten) sind insbesondere verschiedene entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen vorgeschlagen worden. Sie setzen auf systematische Formen der sozialen Bildung und Erziehung im Kontext von Familie, Schule und Kommune und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer, sozialer Nahraum, ganze Gemeinden).

Der Ansatz der entwicklungsorientierten Kriminalitätsprävention beruht auf der Feststellung, dass es sich lohnt, eine **gesunde Sozialentwicklung** von Kindern und Jugendlichen zu fördern und sich anbahnende Negativentwicklungen frühzeitig zu unterbrechen.

Bei der Entwicklung, inhaltlichen und methodischen Gestaltung sowie der konkreten Anwendung von wirksamen Präventionsprogrammen bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit mindestens drei **zentralen Fragen**:

1. An welche Zielgruppe soll die Maßnahme adressiert sein?
2. Welche Inhalte muss das Präventionskonzept aufweisen bzw. was soll gefördert werden, um Gewalt und Kriminalität zu verhindern?
3. Wie sollen die intendierten Veränderungen erreicht bzw. das Präventionskonzept durchgeführt und umgesetzt werden?

4.1 Zielgruppe: Wer soll gefördert werden?

Für eine systematische und wissenschaftlich fundierte Präventionsstrategie ist es zunächst zwingend erforderlich, dass die **Auswahl der Zielgruppe** auf Basis einer Analyse der tatsächlichen oder potentiellen Gefährdungslage der Zielgruppe begründet erfolgt. Zweitens muss festgelegt werden, welche **konkreten Adressaten und Kontexte** auszuwählen sind, d.h. ob sich das Programm an Kinder/Jugendliche selbst oder an Eltern, Peers, Lehrkräfte oder gar an ganze Gemeinden und unterschiedliche Personengruppen richtet. Daher muss im Vorfeld einer präventiven Maßnahme auch entschieden werden, in welchem sozialen Kontext die Maßnahme (etwa im Rahmen welcher Institutionen) platziert wird, um eine größtmögliche Erfolgswahrscheinlichkeit aufzuweisen.

Ein weiteres Auswahlkriterium betrifft den **Risikostatus der adressierten Kinder und Jugendlichen**. Hier ist festzulegen, ob und ggf. nach welchen Risikomerkmalen die Zielgruppe auszuwählen sind. Dabei sind Argumente, die für und gegen den Einsatz universeller oder gezielter Maßnahmen sprechen, abzuwägen (vgl. Abschnitt 1. Ausgangslage und Ebenen der Prävention).

Ein wichtiger Aspekt der Zielgruppenauswahl ist zudem das Alter oder besser der **Entwicklungszeitpunkt oder das Timing von Präventionsmaßnahmen** im Entwicklungsverlauf. Prävention sollte möglichst frühzeitig im Entwicklungsverlauf einsetzen. Ein Vorteil eines (altersmäßig) frühen Beginns im Entwicklungsverlauf ist allerdings nur dann zu erwarten, wenn die Programme jeweils entwicklungsangemessen konzipiert sind und inhaltlich mit natürlichen Entwicklungsprozessen korrespondieren. Dementsprechend sollte das Prinzip nicht „früher ist besser“, sondern „rechtzeitig und entwicklungsangemessen“ lauten. Dabei sollte auch normatives Entwicklungswissen genutzt werden, d.h. die Förderung sollte möglichst dann einsetzen, wenn die Entwicklung entsprechender Fertigkeiten ohnedies zu erwarten ist, um natürliche Potentiale oder sich anbahnende Entwicklungsprozesse zu stärken.

4.2 Inhalte: Was soll gefördert werden?

Präventionsmaßnahmen sollten aus **empirisch geprüften Theorien** zum menschlichen Verhalten und zur menschlichen Entwicklung abgeleitet sein. Diese Theorien müssen sich in kontrollierten empirischen Untersuchungen bewährt haben, um eine möglichst große Erfolgswahrscheinlichkeit zu erreichen. Interventionen, die auf geprüften Theorien beruhen, haben

größere Erfolgschancen, weil die grundlegenden Annahmen auf einem festen wissenschaftlichen Fundament beruhen.

Präventionsmaßnahmen sollten sich an allgemeingültigen Prinzipien der menschlichen Entwicklung und Sozialisation orientieren, weil Entwicklungstheorien genau jene Prozesse beschreiben und erklären, die in Interventionsmaßnahmen eingeleitet werden sollen. Ein grundlegendes Modell stellt z.B. die **soziale Lerntheorie** dar. Danach lassen sich soziales Verhalten und auch soziale Verhaltensprobleme (z.B. Kriminalität) aus allgemeinen Prozessen des sozialen Lernens erklären, was wiederum im Umkehrschluss die Möglichkeit eröffnet, diese Prozesse in systematischen Trainingsprogrammen gezielt positiv zu beeinflussen. Ein zweites Beispiel sind neuere **ökologische Entwicklungsmodelle**. Sie postulieren, dass der Wechsel von Entwicklungskontexten (z.B. vom Kindergarten in die Schule) als eine Initialzündung für neue Entwicklungen begriffen werden kann. Aus diesen Annahmen ergibt sich zum Beispiel die Nutzung derartiger ökologischer Übergänge als Phasen erhöhter Ansprechbarkeit für Anregung von außen, wie z.B. durch Präventionsmaßnahmen. Diese Überlegungen deuten an, dass sich allgemeine Lern- und Entwicklungstheorien in besonderer Weise eignen, theoretische Orientierungen für die Prävention von Entwicklungsproblemen bereitzustellen.

Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt sollten sich ferner auf einschlägige **Modelle einer gesunden Sozialentwicklung** und auf **ätiologische Modelle von Fehlentwicklungen** beziehen. Zahlreiche Präventionsprogramme orientieren sich aus guten Gründen an **empirisch bestätigten Risikofaktoren der Dissozialitätsentwicklung**. Als Risikofaktoren bezeichnet man Merkmale, die die Entwicklung von Verhaltensproblemen begünstigen. Es ist unmittelbar nachzuvollziehen, dass aus dem Wissen zu bestimmten Risikofaktoren Hinweise zur inhaltlichen Gestaltung von Präventionsmaßnahmen abzuleiten sind. Zum Beispiel zeigen Kinder, die soziale Situationen als feindselig wahrnehmen und interpretieren, auch stärker aggressive Verhaltensmuster. Daher ist es sinnvoll, an solchen Defiziten wie feindseligen Interpretationsmustern anzusetzen und adäquate Formen der sozialen Wahrnehmung zu fördern. Zur Ableitung von Präventionsinhalten aus der Risikoforschung finden sich zahlreiche andere Beispiele. Dabei sollten sich Präventionsmaßnahmen natürlich auf Risikofaktoren der Entwicklung beziehen, die sich verändern lassen. Beispielsweise ist das männliche Geschlecht ein lange bekannter Risikofaktor für Gewaltkriminalität, der sich allerdings nicht verändern lässt und aus dem sich auch nicht unmittelbar Inhalte für Präventionsprogramme ableiten lassen. Für den Präventionsinhalt liefern uns daher variable Risikofaktoren (z.B. ein geringes Ausmaß an Selbstkontrolle) sinnvollere Hinweise darauf, was konkret zu fördern ist.

Weiterführende Hinweise zur Ableitung von Präventionsinhalten gestatten **spezifische Entwicklungstheorien und komplexere Entstehungsmodelle von Dissozialität**. Damit sind empirisch geprüfte Theorien und Modelle gemeint, die spezifische Entwicklungsprozesse beschreiben und erklären und damit bestimmte Präventionsinhalte nahelegen. Die nachfolgende Tabelle beschreibt zwei dieser spezifischen Entwicklungstheorien sowie deren Implikationen für die Förderung und Prävention, einmal die Theorie der sozialen Informationsverarbeitung, die als Grundlage zahlreicher sozialer Trainingsprogramme dient, sowie die Theorie der Zwangsinteraktion, die das Entstehen problematischer Erziehungsmuster beschreibt und als Grundlage für Elterntrainingsprogramme dient.

Theorie	Zentrale Aussage	Präventionsinhalte
Soziale Informationsverarbeitung	Aufeinanderfolgende Stufen der mentalen Verarbeitung sozialer Situationen und Handlungsplanung haben einen entscheidenden Einfluss auf das gezeigte Verhalten.	Systematisches Training der Kinder in Fertigkeiten der sozialen Wahrnehmung, Interpretation sozialer Situationen und nicht-aggressiven Handlungsplanung
Theorie der Zwangsinteraktion	Spezifische Interaktionsmuster zwischen Eltern und Kindern begünstigen die Entwicklung von aggressivem und oppositionellem Verhalten	Training der Eltern in kritischen Erziehungskompetenzen wie nicht-aggressive Grenzsetzung und konsistente Verstärkung positiver Verhaltensweisen

Abbildung 1: Entwicklungstheorien mit Relevanz für die Prävention von Dissozialität

Komplexere Entwicklungsmodelle der Dissozialität dienen der Beschreibung längerfristiger Entwicklungen und des Zusammenwirkens unterschiedlicher Risikofaktoren im Entwicklungsverlauf. Sie gestatten die Ableitung angemessener Inhalte zu bestimmten Entwicklungszeitpunkten und dienen als ein Art Gesamtmodell der entwicklungsorientierten Kriminalprävention. Die **folgende Grafik** zeigt ein Modell, dass aus großangelegten empirischen Längsschnittstudien abgeleitet werden konnte.

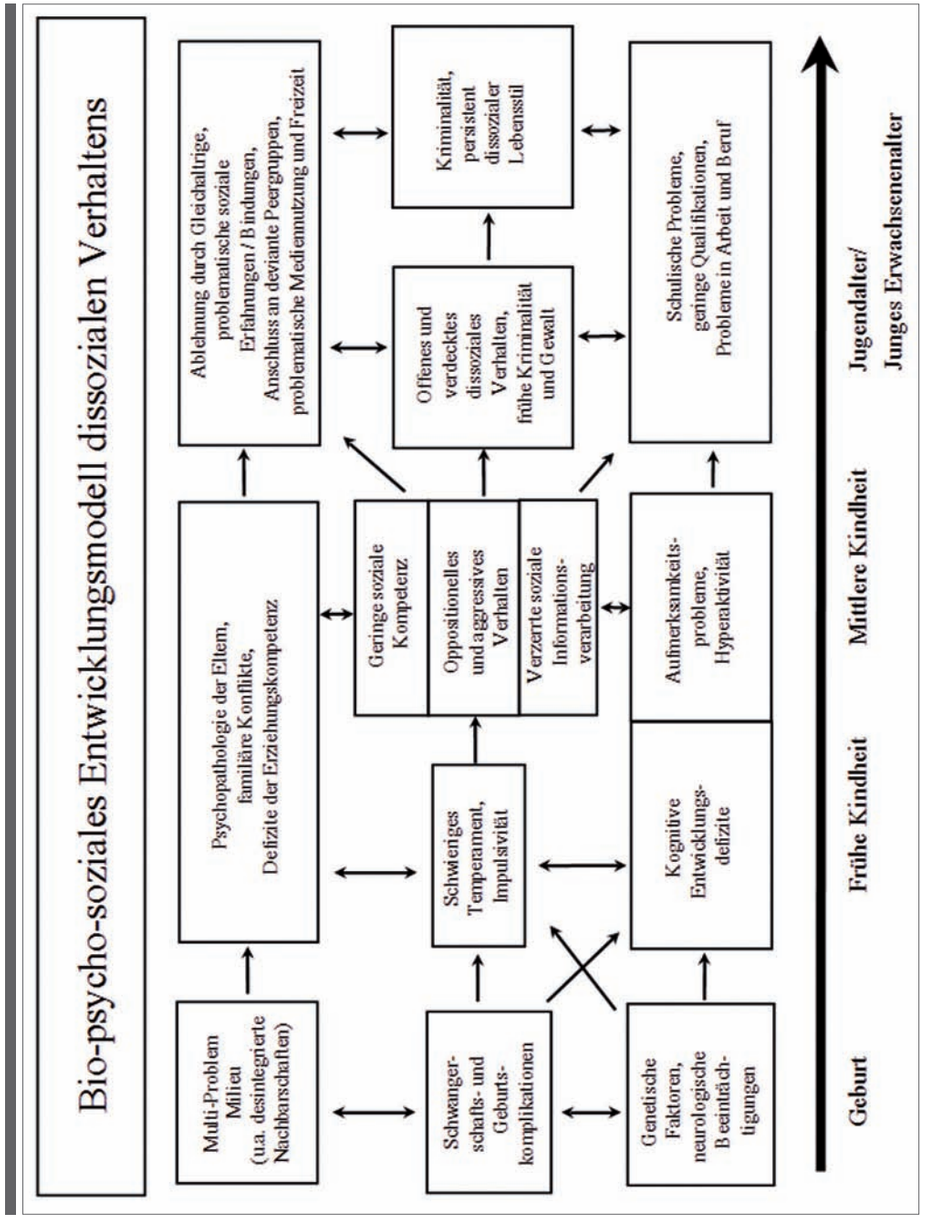


Abbildung 2: Bio-psycho-soziales Entwicklungsmodell dissozialen Verhaltens (modifiziert nach Lösel & Bender, 2003, aus: Beelmann & Raabe 2007, S. 111).

Nach diesem **bio-psycho-sozialen Entwicklungsmodell** stellen kumulierte soziale Risiken (Multi-Problem-Milieu) und biologische Risiken (genetische Faktoren und neurologische Beeinträchtigungen) Ausgangspunkte eines möglichen dissozialen Entwicklungsverlaufes dar, insbesondere wenn sie Wechselwirkungen bereits in Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen entfalten. Eine ungünstige Konstellation kann bereits in der frühen Kindheit zu kognitiven Entwicklungsdefiziten und einem sogenannten „schwierigen“ Temperament führen, das sich z.B. in unregelmäßigen Schlafphasen oder einer erhöhten Unruhe des Kindes äußert. Sind Eltern z.B. aufgrund eigener Defizite und Belastungen nicht oder nur unzureichend in der Lage, auf ihre „schwierigen“ Kinder adäquat zu reagieren, setzen erste Problemkreisläufe ein, die durch chronische Probleme der Eltern-Kinder-Interaktion gekennzeichnet sind und im weiteren Entwicklungsverlauf Aufmerksamkeitsstörungen und Probleme der Verhaltensentwicklung begünstigen oder verstärken. Gleichzeitig bleiben Möglichkeiten zum Erlernen sozialer Kompetenzen aus, Defizite in der sozialen Informationsverarbeitung entstehen oder verstärken sich. Diese Konstellationen gehen dann beim Übergang in die Schule mit der Ablehnung von Gleichaltrigen, schulischen Leistungsproblemen und - im weiteren Entwicklungsverlauf - mit dem Anschluss an deviante Peergruppen sowie einer problematischen Mediennutzung oder Freizeitgestaltung einher. Dissoziales Problemverhalten wird auf diese Weise verfestigt und zeigt einen negativen Verlauf bis hin zur Kriminalität und einem dauerhaft dissozialen Lebensstil.

Selbstverständlich gibt das Modell nur einen prototypischen Entwicklungsverlauf wieder und bezieht sich auf diejenigen Kinder und Jugendlichen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von dauerhaften Problemen des Sozialverhaltens. Die Mehrzahl der von frühen Risiken betroffenen Kinder ist jedoch nicht zu derartigen Karrieren „verurteilt“, weil schützende Entwicklungsprozesse wie etwa die Fürsorge von Eltern oder anderer Betreuungspersonen oder eine gute schulische Ausbildung die Wirkung von Risiken abfedern können.

Langfristige Fehlentwicklungen sind jedoch umso wahrscheinlicher,

- je mehr Risikofaktoren vorliegen und kumulieren,
- je weniger Ressourcen zur Verfügung stehen,
- je früher ein Problemverhalten gezeigt wird,
- je häufiger ein Problemverhalten auftritt,
- je länger ein Problemverhalten bereits gezeigt wurde,
- je vielfältiger das Problemverhalten ist (z.B. Hyperaktivität, Impulsivität, oppositionelles und aggressives Verhalten, Delinquenz und Kriminalität) und
- je verschiedener die Kontexte (Familie, Kindergarten, Schule usw.) sind, in denen das Problemverhalten gleichzeitig auftritt.

Für die Prävention sind derartige Befunde deshalb von großer Bedeutung, weil sie zeigen, dass Vorläuferprobleme und Risiken in der Entwicklung bestehen, die eine relativ zuverlässige Beurteilung der Gefährdungslage zulassen und entsprechend präventive Maßnahmen nahelegen.

Eine andere Perspektive der Präventionsforschung liegt in Ansätzen, die Schutzfaktoren fördern. **Schutzfaktoren** sind Einflüsse, die zu einer **Verringerung des Risikos unter Belastung** beitragen. Z.B. tragen hohe Bewältigungskompetenzen bei Kindern aus sozialen Brennpunkten dazu bei, dass diese trotz ungünstiger Umwelt keine Verhaltensprobleme zeigen. Durch die Förderung von Schutzfaktoren wird das Handlungsrepertoire grundlegend erweitert und nicht nur das Risikopotential verringert. Entwicklungsförderung auf der Basis von Schutzfaktoren richtet sich auf kritische Grundfertigkeiten, die Kinder und Jugendliche im Laufe ihrer Entwicklung erwerben sollten, sowie auf **förderliche Entwicklungsbedingungen**, die mit positiver Jugendentwicklung einhergehen. So soll sichergestellt werden, dass die Kinder für die Anforderungen der Lebenswelt gerüstet sind und gleichzeitig eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit von Entwicklungsproblemen (auch Verhaltensproblemen) aufweisen. Mit diesen Ansätzen korrespondiert eine Grundhaltung, die eher an positiver und gelungener Entwicklung junger Menschen und der Schaffung von Entwicklungsopportunitäten orientiert ist als an der Vermeidung negativer Entwicklungsdynamiken. Daraus ergibt sich auch eine neue Perspektive für die Prävention von Verhaltens- und Entwicklungsproblemen, die selbstverständlich

auch die Förderung potentieller Opfer von dissozialen Problemen (z.B. Mobbing-Opfer in der Schule) einschließt.

4.3 Umsetzung: Wie sollen die Maßnahmen durchgeführt werden?

Im Gegensatz zu den Inhalten von Präventionsprogrammen werden Durchführungsfragen bei der Programmplanung gelegentlich vernachlässigt. Durchführungsbezogene Überlegungen betreffen das Wie einer Interventionsmaßnahme. Die neuere Präventionsforschung bestätigt, dass diese Durchführungsbedingungen in der Regel ähnlich bedeutsam für die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen sind, wie inhaltliche Merkmale der Programme (vgl. dazu Abschnitt 6. Effektivität). Zu den wichtigen Durchführungsmerkmalen gehören:

- **Optimale Intensität von Präventionsprogrammen:** Zur Frage der optimalen Intensität liegen bislang nur wenige empirische Erkenntnisse vor, obwohl die Intensität oder der Umfang der Programme mit wichtigen anderen Aspekten (u.a. mit den benötigten Ressourcen) zusammenhängt. Speziell bei massiven Risikokonstellationen in der Entwicklung wird es mit umgrenzten Programmen oder allgemein kurzen Maßnahmen kaum möglich sein, langfristige Effekte zu erzielen. Unter solchen Umständen sind meistens größere Anstrengungen oder aufeinander aufbauende Präventionsmaßnahmen nötig.

- **Angewandte Interventionsmethoden:** Ein wichtiger Durchführungsaspekt betrifft die angewandte Interventionsmethodik, d.h. die methodische Umsetzung der Inhalte des Präventionsprogramms, wie z.B. in Form von Rollenspielen, Gruppendiskussionen, hypothetischen Konfliktszenarien, Verhaltensübungen, etc. In der Präventionsforschung haben sich vor allem interaktive Methoden unter aktiver Mitwirkung der Adressaten im Vergleich zur reinen Wissensvermittlung bewährt.

- **Didaktisches Konzept:** Im Hinblick auf das didaktische Vorgehen müssen zahlreiche Aspekte festgelegt werden, z.B. ob und wie die Programm-Einheiten aufeinander aufbauen, wie das Programm administriert wird (z.B. Frontalunterricht vs. Kleingruppenarbeit), ob die Einheiten selbst einer bestimmten Durchführungsstruktur folgen (z.B. mit Einstiegsphasen, warming-up, etc.), welche Materialien vorgesehen sind und verwendet werden sollen, in welchem Setting das Programm stattfindet, etc. In der Präventionsforschung sind bislang nicht alle diese Aspekte hinreichend zuverlässig untersucht. Bestätigt hat sich aber die Annahme, dass strukturierte Ansätze (z.B. mit detaillierten Trainingsmanualen) eher

offenen Formen der Präventionsarbeit vorzuziehen sind. Dabei kommt es zugleich darauf an, dass ein Programm möglichst gut den individuellen Einsatzgebieten und Problemlagen angepasst werden kann.

- **Festlegung des Administrators:** Bei der Bestimmung der Administratoren müssen die für die Durchführung notwendigen Qualifikationsmerkmale berücksichtigt werden. Die bisherige Forschung zeigt hier, dass es von großem Vorteil ist, wenn die Anwender intensiv auf die Programm-Durchführung vorbereitet werden. Dies schließt auch eine Einführung in die theoretischen und entwicklungsbezogenen Grundlagen ein.

- **Aktivierung der Zielgruppe:** Dies ist bei Präventionsmaßnahmen nicht selten ein großes Problem, weil typischerweise zunächst eine gewisse Problemsensibilisierung erreicht werden muss. Darüber hinaus bestehen insbesondere bei Risikogruppen oftmals psychologische Barrieren, die einer Teilnahme an Maßnahmen im Wege stehen (keine Gefährdungseinsicht, Vorbehalte gegen Programme, fehlende Einstiegsvoraussetzungen etc.). Aus diesen Gründen muss der Kontaktierung und Motivierung der Zielgruppe höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden.

- **Notwendige Rahmenbedingungen:** Der Kontext der Programm-Durchführung muss z.B. im Hinblick auf die notwendigen personellen Ressourcen, die Umsetzung des Programms in institutionellen Kontexten (Schule), die notwendigen Materialien und Logistik, etc. spezifiziert werden. Derartige Bedingungen haben vor allem mit dem Transfer und einer erfolgreichen späteren Implementierung zu tun.

Die Intensität, die angewandte Methodik und Didaktik sowie alle Durchführungsoptionen von Präventionsmaßnahmen müssen dem jeweiligen Entwicklungsstand der Zielgruppen entsprechen. Entwicklungspsychologisches Wissen und Theorien liefern zudem wichtige Durchführungshinweise, die in Prävention realisiert werden sollten. So haben Entwicklungspsychologen wie Vygotsky deutlich gemacht, dass menschliche Entwicklung an die Interaktion mit solchen kompetenten Interaktionspartnern gebunden ist, die sich in der „Zone der nächsten Entwicklung“ befinden. Dieser Status bezeichnet eine Entwicklungsstufe, die als nächstes vom Kind oder Jugendlichen erreicht werden kann. Entwicklungsförderung ist dann besonders effektiv, wenn der soziale Interaktionspartner (z.B. der Administrator einer Präventionsmaßnahme) auf der nächst höheren Entwicklungsstufe mit dem Kind/dem Jugendlichen interagiert. Dieses Prinzip kann als heuristische Grundhaltung für die gesamte Entwicklungsförderung und

Prävention dienen. Wichtige Indikatoren, ob entwicklungsangemessen im Sinne dieses Konzepts gearbeitet wird, bieten Analysen der Qualität der Umsetzung, z.B. in Form von Angaben zur Motivation und Mitarbeit der Zielgruppe. Sofern diese Indikatoren günstig ausfallen, kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführungsmodalitäten des Programms mit dem Entwicklungsniveau der Klientel korrespondieren, d.h. die Übungen entsprechend der vorhandenen Ressourcen und dem Lernstil der Zielgruppe konstruiert und durchgeführt wurden.

4.4 Strategien: Ausprägungen nach Inhalts- und Durchführungsqualität

Die konkrete Entwicklung und Konzipierung von Präventionsmaßnahmen muss zwischen der Qualität der Inhaltsaspekte (dem WAS einer Maßnahme) und der Durchführungskonzepte (dem WIE einer Maßnahme) unterscheiden. Die nachfolgende Graphik veranschaulicht unterschiedliche Präventionsstrategien nach dem Grad der rationalen Planung im Inhalts- und Durchführungsaspekt.

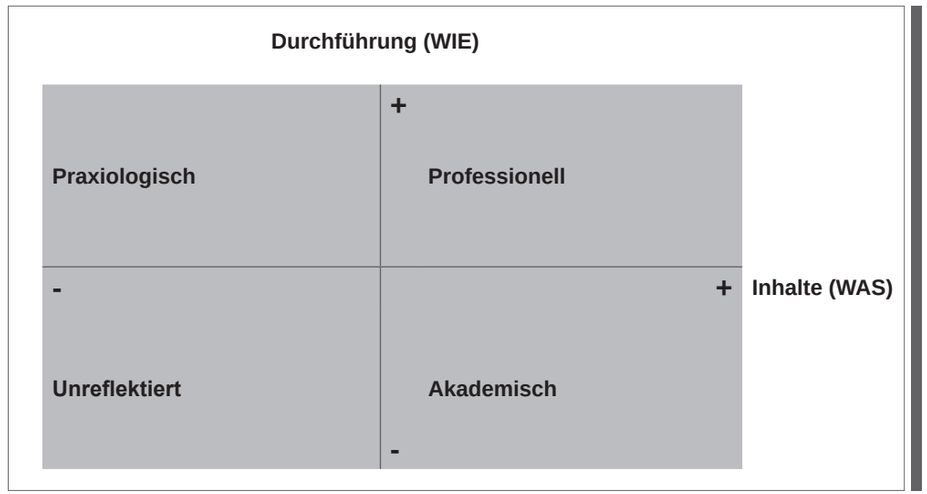


Abbildung 3: Präventionsstrategien nach Art ihrer Fundierung.
+ = wissenschaftlich oder praktisch ausreichend fundiert
− = wissenschaftlich oder praktisch nicht fundiert

Wenn Präventionsmaßnahmen zwar ein ansprechendes Durchführungskonzept haben, die Inhalte sich aber in nicht ausreichendem Maße auf die Ursachenforschung beziehen, dann kann man die Strategie als „praxiologisch“ bezeichnen. Viele Praktiker arbeiten sehr engagiert und pädagogisch professionell, sind aber oftmals nicht sehr gut darüber informiert, was bei

Kindern und Jugendlichen gefördert werden sollte, um Problemen von Aggression und Kriminalität wirksam vorzubeugen. Auf der anderen Seite investieren Programm-Autoren häufig sehr viel Zeit in Überlegungen zu den Inhalten von Programmen. Wie sie aber durchgeführt werden sollen, bleibt häufig merkwürdig unspezifisch oder wird allein aus Plausibilitätsüberlegungen abgeleitet. Deshalb kann diese Strategie als „akademisch“ bezeichnet werden. Haben schließlich Präventionsstrategien tatsächlich in beiden Dimensionen konzeptionelle Probleme, können wir nicht erwarten, dass sie etwas Nennenswertes bewirken können. Um von einem professionellen Konzept mit hoher Erfolgswahrscheinlichkeit sprechen zu können, sollten danach sowohl das inhaltliche Konzept als auch das Durchführungskonzept von Präventionsmaßnahmen wissenschaftlich und praktisch gut fundiert sein.

5 Evaluation: Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität

Präventionsprogramme müssen vor ihrer Verbreitung evaluiert werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die ***Wirkungsevaluation***. Durch sie wird mit wissenschaftlich anerkannten Methoden überprüft, inwieweit das jeweilige Programm seine Ziele erreicht, z.B. tatsächlich die kindliche Entwicklung positiv beeinflusst oder Jugendkriminalität vermindert. Nur wenn dies der Fall ist, kann ein Programm als „***evidenzbasiert***“ gelten. Da es auf dem „Markt“ der Prävention zahlreiche Angebote ohne empirisch stichhaltige Wirkungsnachweise gibt, sollten nur evidenzbasierte Programme gefördert werden, um ineffektive oder gar schädliche Maßnahmen zu vermeiden.

Neben der Wirkungsevaluation ist auch eine Prozessevaluation erforderlich. Diese untersucht, wie das Programm faktisch durchgeführt wird. Zum Beispiel wird geprüft, ob man tatsächlich die angestrebten Zielgruppen erreicht und die praktizierte Maßnahme dem zugrundeliegenden Konzept entspricht. Nur wenn dies der Fall ist, sind in der Wirkungsevaluation die angestrebten Effekte zu erwarten.

Im Folgenden werden einige Grundlagen der Prozess- und Wirkungsevaluation dargestellt. Ziel ist es, Praxis und Politik in knapper Form darüber zu informieren, worauf bei der Auswahl und Durchführung bestimmter Präventionsprogramme zu achten ist.

5.1 Grundsätzliches: Was ist eine Evaluation?

Durch eine Evaluation soll eine soziale Maßnahme auf möglichst objektive und transparente Weise mit wissenschaftlichen Methoden bewertet werden. Während man in der Medizin selbstverständlich wissen will, ob eine Behandlung tatsächlich wirksam ist und angemessen durchgeführt wird, begnügt man sich bei sozialen Programmen oft noch mit Behauptungen und plausiblen Vermutungen. Evaluationen sind hier auch manchmal mit negativen Assoziationen verbunden, weil man befürchtet, dass sich bei einer ungünstigen Bewertung negative Folgen für die betreffende Institution ergeben könnten. Tatsächlich sollen aber Evaluationen primär dazu beitragen, dass ein System etwas über sich selbst lernt und sich auf empirischer Basis weiter entwickelt. Bei der Evaluation von sozialen Interventionen fallen die Ergebnisse auch oft nicht pauschal positiv oder negativ aus, sondern haben differenzierte Ergebnismuster. Aus diesen können wiederum Folgerungen für das weitere Vorgehen gezogen werden. Evaluation ist somit nicht ein einmaliger Vorgang, sondern ein kontinuierlicher Prozess.

Es sollten nur solche Präventionsmaßnahmen durchgeführt und finanziell gefördert werden, für die positive Wirkungen nachgewiesen sind und keine negativen Effekte festgestellt wurden. Manche Evaluationen zeigen, dass letzteres selbst bei bester Absicht nicht immer auszuschließen ist. Bei neu entwickelten Programmen müssen zumindest empirisch fundierte Hypothesen zu der Frage bestehen, welche Effekte zu erwarten sind. Dies ist z. B. bei Programmen zur Förderung der sozialen Kompetenz von Kindern dann der Fall, wenn bewährte Theorien des sozialen Lernens und der Informationsverarbeitung zugrunde liegen. Nach einer Pilotphase sind die neuen Programme dann einer kontrollierten Wirkungsevaluation zu unterziehen.

In der Praxis lassen sich oft nicht alle Anforderungen an methodisch fundierte Prozess- und Wirkungsevaluationen realisieren. Gleichwohl ist auch eine suboptimale Evaluation in jedem Fall besser als gar keine. Denn nur so kann im Laufe der Zeit systematisches Wissen über die Durchführung und Wirkung eines Präventionsprogramms aufgebaut werden.

Zu Recht wird seitens der Praxis vorgebracht, dass man selbst keine wissenschaftlich stichhaltige Wirkungsevaluation leisten kann. Bei kostspieligen Programmen sollten deshalb Programmträger oder Förderinstitutionen für eine angemessene Finanzierung von Evaluationsstudien sorgen (z. B. kann ein kleiner Prozentsatz der Programmkosten von vornherein für Evaluation reserviert werden). Darüber hinaus gibt es viele kostengünstige Möglichkeiten der Evaluation von Präventionsprogrammen durch Kooperation mit lokalen Hochschulen, an denen Studierende Daten für Qualifikationsarbeiten benötigen. Was die Prozessevaluation betrifft, sollte aber die Praxis selbst regelmäßig Daten sammeln, um die Qualität der Programm-Implementierung zu sichern.

5.2 Prozessevaluation: Wie werden Planung und Durchführung evaluiert?

Auch wenn ein Präventionsprogramm sehr sorgfältig geplant und entwickelt worden ist, kann es in der faktischen Durchführung Probleme geben. Deshalb ist durch eine Prozessevaluation zu erfassen, inwieweit das Programm zuverlässig umgesetzt wird (Integrität). Dies gilt insbesondere, wenn eine Maßnahme in größerem Umfang ‚in der Fläche' eingesetzt wird. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen nur dann die angestrebten Effekte haben, wenn die Durchführung programmgemäß erfolgt. Prozessevaluationen sollten routinemäßig erfolgen, damit bei eventuellen Qualitätsmängeln oder anderen Fehlentwicklungen rechtzeitig gegengesteuert werden kann. Um die Sammlung

und Analyse von Prozessdaten in der Alltagspraxis sicherzustellen, ist ein Dokumentationssystem zu verwenden, das elektronisch oder in Papierform bearbeitet wird. Je einfacher diese Dokumentation durchzuführen ist, desto größer ist die Chance, dass die Mitarbeiter/innen trotz ihrer Alltagsbelastung die erforderlichen Informationen vollständig eingeben.
Welche Daten in die Prozessevaluation einbezogen werden, hängt vom jeweiligen Präventionsprogramm und den vorhandenen Ressourcen ab. Wichtig sind z. B. einfache biographische Daten, an denen man abschätzen kann, ob die vorgesehenen Zielgruppen erreicht werden. Des Weiteren sollte erfasst werden, wie die Teilnehmer/innen rekrutiert werden, ob sie regelmäßig anwesend sind, wie zufrieden sie mit den verschiedenen Teilen des Programms sind, inwieweit sie aktiv mitarbeiten, ob Probleme auftreten, welche Teilnehmer vorzeitig abbrechen (und warum) oder ob Programmänderungen vorgenommen werden. Während besondere Vorkommnisse in freier Form dokumentiert werden, empfiehlt sich bei den regelmäßig anfallenden Daten ein System, das auf einfache Weise Verläufe dokumentiert (z. B. zu- oder abnehmende Teilnehmerzufriedenheit, Entwicklung des Anteils von Familien mit Migrationshintergrund).

Falls möglich sind in die Prozessevaluation auch Aspekte der Schulung und Supervision des Personals einzubeziehen. Dazu gehören z. B. Rückmeldungen über die Auswahl und Qualifizierung, die Besprechung besonders gelungener oder schwieriger Programmelemente, Kooperationsstrukturen innerhalb und zwischen den Institutionen und gegebenenfalls auch besondere Vorkommnisse. Im Rahmen der Prozessevaluation kommen somit gleichermaßen sogenannte quantitative und qualitative Methoden zum Einsatz.

5.3 Wirkungsevaluation: Wie kann Wirksamkeit nachgewiesen werden?

Bei der Wirkungsevaluation ist der Untersuchungsplan bzw. das Design der Studie soweit wie möglich **vor** der Durchführung des Programms festzulegen. Wirkungsevaluationen, die erst während oder nach der Durchführung geplant werden, sind in der Regel methodisch weniger stichhaltig. Entscheidungsträger sollten deshalb bei der Einführung neuer Programme von vornherein Expertise im Hinblick auf eine Evaluation einholen. Bei der Beurteilung bereits vorliegender Studien ist es im Zweifelsfall hilfreich, sich von einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlern beraten zu lassen.

Ein zentrales Kriterium für die Qualität einer Wirkungsevaluation ist es, ob ein echt experimentelles Design vorliegt (Randomized Controlled Trial; RCT). Hierbei erfolgt eine jeweils zufällige Zuweisung der Teilnehmer/innen zu der Programmgruppe (PG) und einer Kontrollgruppe

(KG), die das betreffende Programm nicht erhält. Dieses Design bietet die beste Gewähr dafür, dass PG und KG vergleichbar zusammengesetzt sind. Es ist bei knappen Ressourcen auch die fairste Regelung, weil alle potentiell Interessierten oder Geeigneten die gleiche Chance haben, am Programm teilzunehmen. Allerdings ist es bei ausreichenden Ressourcen oder bei Hochrisikogruppen manchmal nicht angezeigt, jemanden von der Teilnahme auszuschließen. In solchen Fällen kann eine sogenannte Wartekontrollgruppe gebildet werden, die zunächst als Kontrollgruppe dient und das Programm dann zu einem späteren Zeitpunkt erhält. Soweit man mit einem Programm nicht völliges Neuland betritt, kann auch die PG mit einer KG verglichen werden, die eine andere oder eine weniger intensive Maßnahme erhält.

Wenn kein RCT möglich ist, gibt es eine Reihe von sogenannten quasi-experimentellen Designs, die unter suboptimalen Bedingungen zur Programmevaluation geeignet sind. Dazu gehören z. B. Designs, bei denen die PG und KG nach bestimmten Merkmalen ähnlich zusammengestellt sind (Parallelisierung) oder in denen äquivalente Jahrgangsgruppen verglichen werden (z.B. die Schüler/innen eines Jahrgangs ohne Programm mit jenen nach Einführung der Maßnahme). Weil die Teilnehmer in PG und KG im statistischen Sinne nicht identisch sind, bleibt ein gewisses Maß an Unsicherheit, ob Unterschiede zwischen beiden Gruppen nach Durchführung der Präventionsmaßnahme tatsächlich auf der Maßnahme oder auf Unterschieden zwischen den Personen beruhen. Reine Vorher-Nachher-Messungen innerhalb einer Gruppe ohne anderweitige Kontrolle liefern zumeist keinen stichhaltigen Wirkungsnachweis, da sich Kinder im Lauf der Entwicklung auch ohne Intervention verändern (z. B. sind sie normalerweise ab 2-3 Jahren seltener körperlich aggressiv).

Bei jeder Evaluationsstudie muss geprüft werden, ob die Ergebnisse alternativ erklärt werden können, also gar nicht auf den Einfluss des untersuchten Programms zurückzuführen sind. Zum Beispiel kann eine Evaluation in der PG zu besseren Ergebnissen als in der KG geführt haben, weil die Teilnehmer der PG von vornherein motivierter oder kompetenter waren als jene der KG. Sind Verhaltensprobleme zeitweise besonders ausgeprägt, ergibt sich oft später ein natürlicher Rückgang zum Durchschnitt, der dann nicht durch das Präventionsprogramm bedingt ist. Gibt es keine plausible Alternativerklärung, besitzt die Untersuchung *interne Validität*.

Des Weiteren muss beurteilt werden, inwieweit die Ergebnisse einer Evaluation auf andere Personen (Gruppen), Zeitpunkte, Situationen, Wirkungskriterien und Kontexte verallgemeinert werden können (*externe Validität*). Zum Beispiel kann ein vermeintlich positives Ergebnis eines Programms dadurch bedingt sein, dass die Wirkung nur mittels Selbstauskünften erfasst

wurde und dabei die PG in sozial erwünschter Weise antwortete. Von solchen Ergebnissen kann man dann nicht verallgemeinern, dass das Programm auch wirksam ist, wenn die Teilnehmer/innen nicht gefragt würden.

Eine aussagekräftige Evaluation erfordert auch eine gute Dokumentation der Programme, Stichproben, Methoden und Auswertungen (*deskriptive Validität*). Zum Beispiel muss man beurteilen können, welche Alters- und Geschlechtsgruppen am Programm teilgenommen haben und ob die Datenauswertung sachgemäß ist. Ebenfalls sind dann Angaben zu Manualen und zu eventuellen Prozessevaluationen der faktischen Durchführung hilfreich.

5.4 Effekte: Wodurch können Ergebnisse beeinflusst werden?

Die in Evaluationen festgestellten Effekte hängen keineswegs nur von den durchgeführten Programmen ab. Zum Beispiel zeigen sich in Demonstrations- oder Modellprojekten oft bessere Effekte als in der Alltagspraxis, weil beispielsweise das Personal am Anfang besonders motiviert ist und das Programm noch nicht der Alltagsroutine unterliegt. Dementsprechend wird im Englischen zwischen der „***Efficacy***“ unter günstigen experimentellen Umständen und der „***Effectiveness***“ in der Alltagsroutine unterschieden. Bei der Beurteilung von Präventionsprogrammen sollte deshalb auch berücksichtigt werden, inwieweit vorliegende Evaluationen unter realistischen Alltagsbedingungen durchgeführt wurden. Ein weiterer relevanter Faktor ist es, ob Evaluationen nicht nur durch die Programmentwickler oder Durchführenden erfolgten, sondern auch durch unabhängige Experten. Eventuelle Interessenkonflikte sind offen zu legen.

Die genannten Faktoren sind Beispiele dafür, dass selbst bei sehr ähnlichen oder identischen Präventionsprogrammen unterschiedliche Ergebnisse auftreten können. Es gibt kaum eine evaluierte Maßnahme, bei der das nicht der Fall ist. Die Effekte hängen von zahlreichen Merkmalen des Programms und seiner Durchführung, des Kontexts der Implementierung, der teilnehmenden Gruppen und nicht zuletzt der Methodik der Evaluation ab.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit eines Programms oder Programmtyps sind deshalb systematische Bestandsaufnahmen aller vorliegenden Evaluationsstudien in Form von Meta-Analysen sehr hilfreich. Sie informieren darüber, wie die Ergebnisse insgesamt ausgefallen sind, wie groß die Effektstärken sind und welche Faktoren außer dem Inhalt des Programms einen Einfluss auf die Wirksamkeit haben. Bei der Entscheidung für ein bestimmtes Präventionsprogramm sollte mehr das Gesamtbild der Ergebnisse als eine einzelne Evaluationsstudie berücksichtigt werden.

5.5 Qualitätssicherung und Zertifizierung: Wie können gute Ergebnisse auf Dauer erzielt werden?

Auch bei positiv evaluierten Programmen muss darauf geachtet werden, dass sie durch Maßnahmen der Qualitätssicherung bei wiederholter Durchführung in der Alltagspraxis wirksam bleiben. Deshalb sind laufende Prozessevaluationen und wiederholte Wirkungsevaluationen wichtig. Programme, die sich empirisch bewährt haben, sollten zur besseren Orientierung auf unbürokratische Weise akkreditiert bzw. zertifiziert werden. Dies muss anhand transparenter Kriterien durch unabhängige Experten erfolgen. Auch dabei handelt es sich um einen Bestandteil der kontinuierlichen Evaluation. Programme, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt nachweislich bewährt haben, können z. B. durch veränderte Umstände und Zielgruppen, Probleme der Qualitätssicherung oder neue wissenschaftliche Erkenntnisse nach etlichen Jahren ‚überholt' sein. Deshalb ist es sinnvoll, Akkreditierungen nach einer bestimmten Zeit (z. B. fünf Jahren) zu überprüfen.

Die beim Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelte öffentlich zugängliche „Grüne Liste Prävention" (www.gruene-liste-praevention.de) liefert auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien Informationen, welche evaluierten Präventionsprogramme in Deutschland verfügbar sind. In Stufe 3 „Effektivität nachgewiesen" werden die Programme eingeordnet, deren Evaluationsstudien den höchsten Standards einer Wirksamkeitsmessung entsprechen und dementsprechend eine hinreichende bis sehr starke Beweiskraft haben. Die vorliegenden Studien haben eine Zuweisung der Teilnehmer in die Kontroll- oder Interventionsbedingung nach dem Zufallsprinzip vorgenommen, oder es handelt es sich um gut kontrollierte „Quasi-Experimente". Eine ausreichend große Anzahl an Interventions- und Vergleichsgruppen und Teilnehmern wurde gewählt. Eine „follow-up" – Messung mit positiven Ergebnissen in der Regel 6 Monate oder später wurde nach dem Ende der Maßnahme durchgeführt.

Merkmale im Zusammenhang mit der Qualität der Umsetzung werden in der „Grünen Liste Prävention" noch nicht zur Bewertung herangezogen, können aber künftig eine wichtigen Unterschied in der Verbreitung von Programmen machen. Hier bringen einige Programme bessere Voraussetzungen mit als andere, d.h. sie verfügen über eine qualitätssichernde Implementierungsstrategie (z.B. zertifizierte Trainer bzw. ausgebildete Multiplikatoren). Eine weitere Frage ist, ob für eine wünschenswerte breitflächige Umsetzung genügend Kapazität in dieser Hinsicht vorhanden ist.

6 Effektivität: Wirksamkeit und ihre Einflussfaktoren

International und im deutschen Sprachraum liegt eine umfangreiche Präventionsforschung vor, die es erlaubt, die Wirksamkeit der entwicklungsorientierten Kriminalitätsprävention relativ zuverlässig abzuschätzen, wichtige Faktoren für die erfolgreiche Durchführung von Präventionsmaßnahmen zu benennen und Programme nach ihrem präventivem Potential zuverlässig zu beurteilen.

6.1 Effektivität: Welche Ansätze haben sich als wirksam erwiesen?

Insgesamt zeigen Maßnahmen der entwicklungsorientierten Prävention nach zusammenfassenden Befunden moderat positive Wirkungen mit Besserungsraten von ungefähr 10 bis 20 Prozent auf. Über eine Vielzahl von wissenschaftlichen Evaluationen hinweg kann damit das Fazit gezogen werden, dass entwicklungsorientierte Kriminalprävention wirksam ist.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass positive Wirkungen von Präventionsmaßnahmen erst längerfristig voll zum Tragen kommen, weil es um die Vermeidung zukünftiger Ereignisse geht (z.B. die Vermeidung eines Verhaltensproblems). Kurzfristig kann es also sein, dass sich Kinder und Jugendliche bei Präventionsmaßnahmen kaum verbessern, weil die Maßnahmen im Vorfeld von Problemen ansetzen. Darüber hinaus können die durchschnittlichen Effekte im Kriminalitätsbereich durchaus große praktische Wirkungen nach sich ziehen. So wird beispielsweise im Jugendalter ein großer Anteil der Straftaten von einer relativ kleinen Anzahl von Intensivtätern begangen. Können genau jene Personen von ihren kriminellen Karrieren abgehalten werden, kann dies zu einer deutlichen Abnahme krimineller Taten und den damit verbundenen Opferzahlen führen, obwohl nur wenige Personen positiv beeinflusst werden konnten. Kleine Veränderungen können also langfristig von großer Bedeutung und praktischem Nutzen sein.

Ein wichtiges Ergebnis der Effektivitätsforschung ist, dass zahlreiche Faktoren die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen beeinflussen können. Dies betrifft inhaltliche, durchführungsbezogene und auch forschungsmethodische Faktoren. Die Ergebnisse können folgendermaßen zusammengefasst werden:

Als **wirksame Präventionsansätze** haben sich kindbezogene soziale Trainingsprogramme, Elterntrainingsprogramme, familienorientierte Frühinterventionen sowie schulbezogene Maßnahmen erwiesen (siehe Tabelle zu den Inhalten der Programme). Diese Ansätze sind am besten evaluiert und zeigen die besten Wirkprofile.

Präventionsansatz	Kurzbeschreibung
Soziale Trainingsprogramme	Programme, die der Förderung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen dienen. Gefördert werden z.B. soziale Problemlösefertigkeiten, Emotionsregulation, Sozialverhalten
Elterntrainingsprogramme	Programme, die an der Erziehungskompetenz der Eltern, insbesondere im Hinblick auf das Umsetzen eines konsistenten Erziehungsstils ausgerichtet sind. Gefördert werden z.B. Formen der nicht-aggressiven Grenzsetzung und positives Elternverhalten (Unterstützung, Supervision)
Familienorientierte Frühinterventionen	Zumeist Maßnahmen, die unterschiedliche Zielsetzungen (z.B. allgemeine Entwicklungsförderung der Kinder, elterliche Erziehungsberatung, Hilfe bei Bildungsübergängen) verfolgen und über längere Phasen der vorschulischen Entwicklung vor allem bei Risikofamilien angeboten werden
Schulbezogene Maßnahmen	Maßnahme, die sich auf das soziale Lernen im schulischen Kontext beziehen und neben individuellen Förderelementen auch strukturelle Maßnahmen im Klassen- und Schulkontext beinhalten (z.B. Etablierung von Schulregeln gegen Gewalt)

Abbildung 4: Wirksame Präventionsansätze und ihre zentralen Merkmale

Heute ist eine recht große Anzahl unterschiedlicher Einzelprogramme verfügbar, die aber nicht alle umfassend, systematisch und ausreichend evaluiert wurden. Aus diesem Grund sollten sich Anwender vor dem Einsatz eines Programms über den Stand der Evaluation informieren. Entsprechende Überblicke zu einzelnen Programmen geben im deutschen Sprachraum zum Beispiel die Grüne Liste Prävention (www.gruene-liste-praevention.de) und international die Erfolgsbilanzen der Campbell Collaboration (www.campbellcollaboration.org).

Über diese Befunde zu Einzelprogrammen hinaus zeigt die Präventionsforschung, dass kombinierte und aufeinander abgestimmte Präventionsmaßnahmen und -programme eine bessere Wirkung erzielen als der relativ isolierte Einsatz von Einzelmaßnahmen. Dies gilt auch für die sukzessive Anwendung von Präventionsprogrammen im Entwicklungsverlauf (z.B. soziale Förderprogramme in der Kita und der Grundschule).

6.2 Effektivität: Welche Prinzipien sind bei Planung & Durchführung zu beachten?

Zudem erweist es sich als wichtig, präventives Handeln an bestimmten inhaltlichen und durchführungsbezogenen Präventionsprinzipien zu orientieren, die z.B. die Auswahl der Präventionsstrategie, die inhaltliche Fundierung und das Durchführungskonzept betreffen.

Begründete Auswahl einer Präventionsstrategie

Gezielte Präventionsstrategien, die sich an Risikogruppen (z.B. Kinder und Jugendliche aus dem sozialen Brennpunkt) oder an bereits verhaltensproblematische Kinder richten, haben sich als besonders wirksam erwiesen. Dies spricht selbstverständlich nicht gegen universelle Maßnahmen, die sich an breite Zielgruppen richten, auch wenn deren durchschnittliche Wirksamkeit geringer ausfällt (vgl. dazu Abschnitt 1. Ausgangslage und Ebenen der Prävention). Wenn etwa Risikogruppen nur schwer zu identifizieren oder zur Teilnahme zu motivieren sind oder bei der Auswahl Stigmatisierungseffekte zu erwarten sind, lassen sich universelle Strategien als ein relativ niedrigschwelliger und voraussetzungsfreier Zugang durchaus rechtfertigen. Grundsätzlich sollten derartige präventionsstrategische Überlegungen im Vorfeld einer Maßnahme gründlich durchdacht werden.

Entwicklungsbezogene Fundierung der Präventionsinhalte

Inhaltlich ist eine fundierte entwicklungspsychologische Grundlage ein sehr wichtiges Merkmal, das Präventionsprogramme aufweisen müssen, wenn positive Wirkungen erzielt werden sollen. Eine derartige Grundhaltung kommt in unterschiedlichen Aspekten zum Tragen:

- Die Inhalte müssen mit der Dynamik menschlicher Entwicklungsprozesse im Allgemeinen und Entwicklungstheorien zur Sozialentwicklung im Besonderen in Einklang stehen.
- Die Inhalte beziehen sich in relevanter Weise auf Modelle der Entstehung von Problemverhalten und Kriminalität und auf empirisch bestätigte Risiko- und Schutzfaktoren eines dissozialen Entwicklungsverlaufs.
- Die Übungen und Trainingseinheiten beziehen sich auf den Entwicklungsstand der Zielgruppe. Es müssen begründete Annahmen darüber bestehen, wann bestimmte Präventionsmaßnahmen im Entwicklungsverlauf anzuwenden sind.

Gestaltung von Präventionsmaßnahmen

Interaktive und strukturierte Präventionsprogramme sind deutlich wirksamer als zum Beispiel reine Informationskampagnen oder Formen der offenen Präventionsarbeit. Es ist daher günstig, Kinder und Jugendliche aktiv an den Maßnahmen zu beteiligen, z.B. durch Verhaltensübun-

gen, und mit ihnen unter Anleitung konkrete soziale Kompetenzen schrittweise aufzubauen. Die höhere Wirksamkeit von interaktiven und strukturierten Programmen kann damit erklärt werden, dass solche Maßnahmen lern- und entwicklungstheoretisch sorgfältiger fundiert sind und sich an bedeutsamen Gestaltungsprinzipien (z.B. empirisch fundierte Orientierung an Befunden zu Risiko- und Schutzfaktoren) orientieren.

Implementierung von Präventionsmaßnahmen

Neuere Forschungen zeigen, dass Präventionsprogramme ein besonderes Augenmerk auf eine systematische Implementation legen sollten, weil ansonsten auch bewährte Programme ihre Wirkung in der Praxis verfehlen (vgl. Abschnitt 3. Evaluation von Programmen zur Entwicklungsförderung und Kriminalprävention bei jungen Menschen). Dazu gehören z.B. die Ausbildung der Programm-Administratoren, eine konzepttreue Umsetzung ohne Veränderungen der Programme, die Bereitstellung von notwendigen Ressourcen bis hin zur Etablierung politischer und organisatorischer Unterstützungsnetzwerke auf lokaler Ebene (insbesondere Unterstützung innerhalb der Einrichtungen, die ein Programm in „ihre“ Praxis übernehmen wollen).

Längerfristige Wirkungen

Einige großangelegte Evaluationen zeigen, dass auch langfristig beträchtliche Präventionswirkungen erreicht werden können. Zwar wird selten direkt bestimmt, ob die Programme in der Lage sind, Kriminalitätsraten nennenswert zu senken. Gleichwohl konnte gezeigt werden, dass Risikofaktoren eines dissozialen Entwicklungsverlaufs und damit die Wahrscheinlichkeit krimineller Karrieren wirksam reduziert werden konnten.

Eine ähnliche Zusammenstellung sind die „Leitlinien für effektive Präventionsprogramme“ im Informationsangebot der „Grünen Liste Prävention“.

6.3 Effektivität: Welche Aspekte müssen bei der Bewertung von Wirksamkeitsaussagen berücksichtigt werden?

Über diese Befunde hinaus müssen weitere Erkenntnisse der Evaluationsforschung berücksichtigt werden, um Präventionseffekte angemessen zu bewerten.

Welche Effekte werden gemessen?

Angaben zur Wirksamkeit von Präventionsprogrammen sind in hohem Maße davon abhängig, welche Erfolgskriterien herangezogen werden. So macht es z.B. einen Unterschied, ob Elterntrainingsprogramme danach beurteilt werden, ob sich das Erziehungsverhalten verbessert oder ob sich das Problemverhalten der Kinder aus Sicht des Lehrpersonals verändert hat. Allgemein sind Angaben zu Verhaltensproblemen (z.B. Aggressionswerte) sowie Offizialdaten (Angaben zur Delinquenz aus Polizei- und Gerichtsakten) „harte“ Erfolgsmaßstäbe. Entsprechend werden in den Wirksamkeitsuntersuchungen bei diesen Kriterien auch schwerer Effekte nachgewiesen, als bei Kriterien, die unmittelbar in den Programmen gefördert wurden (z.B. soziale Problemlösefertigkeiten in sozialen Trainingsprogrammen).

Forschungsmethodische Einflussgrößen

Die Wirkung von Präventionsprogrammen wird nicht nur von ihren Inhalten, der Durchführung oder ihrer konkreten Umsetzung bestimmt. Auch die Untersuchungsmethodik in wissenschaftlichen Studien spielt eine Rolle. So hat sich z.B. gezeigt, dass die Stichprobengröße, also der Umfang einer wissenschaftlichen Untersuchung, eng mit den Ergebnissen verknüpft ist. Je größer eine Studie angelegt war, desto geringer waren die Wirkungen. Derartige Ergebnisse lassen sich mit Durchführungs- und Implementationsproblemen in großen Untersuchungen erklären.

Einflüsse von Forschungsinteressen

Eigenevaluationen (d.h. Studien von Programm-Autoren) führen oftmals zu höheren Erfolgsschätzungen als unabhängige Replikationsstudien. Dies kann vielfältige Gründe haben. So sind die Programm-Autoren u.U. besser in der Lage, das Programm konzepttreu umzusetzen oder sind mit größerem Engagement bei der Sache. Auf der anderen Seite kann ihnen auch ein größeres persönliches Interesse unterstellt werden, das auf die eine oder andere Weise zu höheren und ggf. auch zu überhöhten Erfolgsschätzungen führt. Für Präventionsprogramme ist es daher wichtig, dass die Evaluationsergebnisse unabhängig repliziert werden, um solchen Einflussfaktoren Rechnung zu tragen. Dies gilt auch für Programme, die aus einem anderen Sprach- und Kulturraum adaptiert wurden. Hier muss geprüft werden, ob die Programme hinreichend kulturell adaptiert wurden und sich die Ergebnisse auf den deutschen Sprachraum übertragen lassen.

6.4 Kosten und Nutzen: Sind Präventionsmaßnahmen auch ökonomisch sinnvoll?

Präventionsmaßnahmen können im Hinblick auf unterschiedliche Kriterien beurteilt werden. Dabei sind die Wirksamkeit und die erzielten Effekte nur eine Bewertungsseite. Eine weitere wichtige, vor allem in administrativen und politischen Kontexten bedeutsame Frage betrifft das Verhältnis der finanziellen Kosten zum ökonomischen Nutzen von Präventionsmaßnahmen. Bisherige Kosten-Nutzen-Analysen deuten darauf hin, dass mit geeigneten Präventionsmaßnahmen auch beträchtliche Kosteneinsparungen einhergehen können: Im Vergleich zu den investierten Mitteln führten wirksame Präventionsmaßnahmen langfristig zu Kosteneinsparungen im Sozialbereich (geringe Kosten für Sozialleistungen, Sonderbeschulungen, geringere Folgekosten von Kriminalität) und es ergaben sich sogar nennenswerte Effekte auf die individuellen Einkommen und die damit zusammenhängenden Steuerzahlungen der Präventionsteilnehmer. Derartig günstige Kosten-Nutzen-Bilanzen liegen insbesondere für den Bereich der familienorientierten Frühinterventionen in sozialen Brennpunkten oder bei Risikofamilien vor. Sie zeigen, dass sich Präventionsmaßnahmen nicht nur im Hinblick auf gewalt- und kriminalitätsreduzierende Wirkungen, sondern auch längerfristig finanziell rechnen.

7 Implementation: Umsetzung in Kitas, Schulen u.a. Einrichtungen

Unter Implementation versteht man eine erstmalige Durchführung, die anschließende Wiederholung und nachfolgend die nachhaltige Verstetigung einer gewaltpräventiven Maßnahme im Alltag einer Einrichtung, z.B. in der Schule. Dabei ist zwischen klassenbezogenen, jahrgangsübergreifenden oder schulweiten Maßnahmen zu differenzieren. Die folgenden Schritte für die Implementation gewaltpräventiver Maßnahmen sind als Minimalstandard zu verstehen.

Info-Veranstaltungen für die Mitarbeiter/innen, die Eltern, die Kinder und Jugendlichen
In vorbereitenden Veranstaltungen werden das Fachteam bzw. das Kollegium, die Eltern sowie die Kinder und Jugendlichen/Schülerinnen und Schüler mit den Grundprinzipien eines neuen Programms bzw. Projektes, den Möglichkeiten und Grenzen sowie den institutionellen Rahmenbedingungen vertraut gemacht. Je nach Programmansatz können diese Informationshinweise auf einer gemeinsamen oder auch auf getrennten, zielgruppenspezifischen Veranstaltungen übermittelt werden.

Neben den Inhalten sollte auch die spezifische Bedarfslage und somit die Notwendigkeit der Maßnahme erläutert werden. Die Startbedingungen der Einrichtung oder Schule in Bezug auf die Zeit- und Ressourcenplanung des Vorhabens werden konkretisiert. Das Zusammenwirken mit anderen Projekten und Maßnahmen zur Gewaltprävention sollte frühzeitig transparent gemacht werden.

Entscheidungsfindung
Bewährt haben sich pädagogische Konferenzen bzw. Studientage, bei denen die wichtigsten Potenziale und Möglichkeiten gewaltpräventiver Maßnahmen für die betroffene Einrichtung vorgestellt werden. Ziel ist eine mehrheitliche Entscheidung der Mitarbeiter/innen für die Einführung der Maßnahme. In den Mitbestimmungsgremien (Kinder, Jugendliche, Eltern) ist ebenfalls eine mehrheitliche Zustimmung zu dem Projekt hilfreich. Wichtig ist, dass möglichst die ganze Schule, zumindest aber eine qualifizierte Mehrheit hinter der Einführung der Maßnahme steht. Das jeweils höchste Gremium der Institution sollte die Einführung des Programms beschließen.

Eine Einrichtung bzw. Schule sollte vor einer Entscheidung für ein Präventionsprogramm eine Problemanalyse für ihre spezifische Situation vornehmen. Nur so lässt sich die präventive Maßnahme auf die konkrete Problemlage bzw. die zu betreuende Zielgruppe abstimmen. Hat

beispielsweise eine Einrichtung akut mit schweren Gewalttaten zu tun, ist ein universelles Präventionsprogramm zwar langfristig sinnvoll, es löst aber die derzeitige schulische Krisensituation nicht kurzfristig. Hier wären zunächst auf Risikogruppen ausgerichtete selektive oder indizierte Ansätze hilfreich.

Die standortspezifische Bestandsaufnahme kann aber auch ergeben, dass universelle Konzepte für die gesamte Schule oder Einrichtung sinnvoll sind. Bei der Auswahl von Programmen kann sich dann herausstellen, dass das für die Schule insgesamt geeignete Programm erst ab einem bestimmten Alter oder einer bestimmten Klassenstufe (z. B. ab 8 Jahren oder ab der dritten Klasse) eingesetzt werden kann. Im Rahmen eines schulischen Gesamtkonzeptes wäre in einem solchen Fall zu prüfen, welche weiteren Programme für die jüngeren Kinder bzw. in Klasse 1 und 2 geeignet und kompatibel zum ersten Programm sind.

Bei selektiven oder indizierten Maßnahmen für Kinder oder Jugendliche aus Risikogruppen ist die Indikation und Diagnostik bzgl. des störenden Verhaltens von hoher Bedeutung, da manche Kinder aufgrund spezifischer neurologischer oder psychiatrischer Störungsbilder nicht für die ausgewählten Gruppenangebote geeignet sind. Gegebenenfalls sind im Vorfeld einer Entscheidung Schulpsychologen oder andere versierte Fachkräfte hinzuzuziehen. Ebenso könnte bei gewalttätigen Jugendlichen eine ADHS-Problematik oder ein Alkohol- oder Drogenmissbrauch im Vordergrund stehen, der zunächst medizinisch-therapeutisch behandelt werden muss, bevor ein sozialkognitives Gruppentraining angezeigt ist.

Neben der Eignung der Kinder oder Jugendlichen für ein Training oder Präventionsangebot ist vor einem Trainingsstart immer auch die spezifische Gruppenzusammensetzung (Altershetero- oder -homogenität, geschlechtsspezifische Faktoren, Vielfalt der Störungsbilder, kognitive Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen) zu prüfen. Bei einer Häufung von „kritischen“ Belastungsfaktoren, die eine Gruppenarbeit unmöglich machen, könnten Zurückstellungen einzelner Teilnehmer/innen oder der Ausschluss erforderlich sein.

Einrichtung einer Projektgruppe („Steuerungsgruppe“)

Es sollte eine Projektgruppe eingerichtet werden, die die Einführung der Maßnahme in der Einrichtung plant und umsetzt. Die Projektgruppe besteht neben Fachkräften bzw. Lehrkräften aus Vertretern der Leitung, der Kinder und Jugendlichen, der Eltern sowie weiteren interessierten Kollegen und Kolleginnen. Aufgaben der Steuerungsgruppe sind die Verknüpfung der Maßnahme mit dem Institutionskonzept bzw. Schulprogramm, die Ressourcenplanung und

-steuerung, die Zeitplanung, die Fortbildungsplanung und die Vernetzung innerhalb der Einrichtung.

Erarbeitung eines Gesamtkonzepts der Prävention

Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass eine Einrichtung wie eine Schule mit einem präventiven Gesamtkonzept arbeiten sollte (vgl. die unten aufgeführte Gesamtübersicht). Das bedeutet, dass in den verschiedenen Alters- und Klassenstufen unterschiedliche Programme und Maßnahmen zum Einsatz kommen, die kumulativ wirken und aufeinander abgestimmt sein sollen. Bei jüngeren Kindern werden verstärkt universelle Ansätze für alle Beteiligten eingesetzt; für einzelne auffällige Kinder können indizierte Kleingruppenangebote ergänzt werden. Ab der Altersstufe 10 Jahre aufwärts werden zwar noch universelle Maßnahmen vorgehalten, aber Angebote für gefährdete oder auffällige Kinder differenzieren sich aus und nehmen zu. Grundsätzlich erscheint es zudem sinnvoll, Präventionsprogramme und -maßnahmen im Rahmen eines gesamtschulischen Ansatzes auszuwählen und abzustimmen. Notwendig ist eine Verankerung im Schulprogramm, um die Kontinuität der Maßnahmen zu fördern und so nachhaltige Effekte zu erzielen: Es sollten also weniger vereinzelte, zeitlich befristete Projekte, sondern vielmehr langfristig angelegte Programme und Strategien umgesetzt werden. Geschlechterspezifische Konzepte sehen für Mädchen und Jungen unterschiedliche Angebote vor; manche Kursformate sind für Kinder in besonderen sozialen Lagen (z.B. mit Migrationshintergrund) besonders geeignet. Bei Jugendlichen ab 14 Jahren sind vermehrt Angebote gefragt, die in Form einer Intervention und damit oft anlassbezogen vorgehen, die also dann zum Tragen kommen, wenn tatsächlich schon etwas vorgefallen ist.

In der Praxis kombinieren Präventionsprogramme häufig Maßnahmen für die unterschiedlichen Zielgruppen, indem sie sich z. B. im Schulumfeld sowohl an die gesamte Schulklasse und alle Schülerinnen und Schüler richten (universell-präventiv), aber auch Elemente enthalten, die Schülergruppen mit erhöhtem Risiko (selektiv-präventiv) und bei Bedarf sogar einzelne Schüler mit ganz konkretem Problemverhalten (indiziert-präventiv) ansprechen. Man spricht dann von „***Mehrebenenprogrammen***“, da mehrere Ebenen – vom individuellen Schüler bis zur ganzen Schule – Ziel der Maßnahmen sind. Bestimmte Formen aggressiv-dissozialen Verhaltens, wie z.B. das Mobbing oder Bullying an Schulen, werden zudem nur dann sinnvoll und nachhaltig zu verhindern und einzudämmen sein, wenn diese sich an bekannten Entstehungsmodellen von Mobbing/Bullying orientieren und deshalb Maßnahmen für alle drei Zielgruppen miteinander kombinieren.

Einbindung der Maßnahme in das Institutionskonzept

Das gewaltpräventive Programm wird Bestandteil des Institutionskonzepts. So wird erreicht, dass die Maßnahme institutionell abgesichert wird. Dies geschieht in der Regel durch Qualifizierung einzelner schulischer Fachkräfte zu Multiplikatoren. Ressourcen wie z.B. Arbeitszeit- oder Stundenzuweisungen können so kontinuierlich eingeplant und vereinbart werden. Die ersten Arbeitsschritte des gewaltpräventiven Projektes werden unter Leitung der Steuerungsgruppe ausgewertet und evaluiert.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Für die Entscheidung, sich am Programm zu beteiligen, benötigen die Kinder und Jugendlichen Informationen über den Umfang der Maßnahme, die zeitliche Planung sowie die Vorteile und Nachteile. Dafür ist eine intensive Aufklärung über das Programm notwendig. Dies kann z.B. in Projekttagen bzw. -wochen oder in Klassenratsstunden geschehen. Erfordert das Programm eine Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, sollten die beteiligten Fachkräfte eine anerkannte Fortbildung bzgl. der entsprechenden Maßnahme vorweisen können.

Regelmäßige Begleitung

Für die Organisation und Unterstützung der Maßnahme sind anfangs regelmäßige Treffen notwendig. Die Steuerungsgruppe legt den passenden Rhythmus für die Maßnahme fest.

Einrichtung eines geeigneten Raumes

Ist für die Maßnahme ein gestalteter Raum erforderlich, ist dieser durch die Leitung zu stellen und einzurichten. Dieser Raum sollte gut erreichbar sein. Für vertrauliche Unterlagen ist ein abschließbarer Schrank bereit zu stellen.

Schulung für die Mitarbeiter/innen

Sämtliche Fachkräfte der Einrichtung lernen die Grundprinzipien des Programms kennen, um diese besser in den Berufsalltag zu integrieren. Nach Möglichkeit sollten sich auch Mitglieder der Leitung beteiligen.

Qualitätssicherung

Es gibt eine Reihe von generellen Forderungen an die Qualität von Präventionsprogrammen sowie damit korrespondierende Maßnahmen der Qualitätssicherung, die sich auch aus den bisherigen Darstellungen entnehmen lassen. Aus den allgemeinen Grundsätzen werden Qualitätskriterien in Form von Checklisten oder Kriterienkatalogen abgeleitet, die sowohl bei der Entwicklung von Präventionsprogrammen und Maßnahmen, bei der Entscheidung für bestimmte Konzepte und deren Durchführungsmodalitäten als auch bei der Implementation im Rahmen der Prozessevaluation sowie als begleitende Qualitätssicherungsmaßnahmen zu berücksichtigen sind, wenn man das bestmögliche Ergebnis erzielen möchte.

Diese Kriterien beziehen sich auf folgende Bereiche:

- Analyse der Ausgangslage und der Problemstellung
- Zielklärung
- Zielgruppe und weitere Beteiligte
- Theoretische Grundlagen
- Maßnahmenbeschreibung und Implementationsqualität
- Kompetenzen der Personen, die die Maßnahme durchführen
- Nachhaltigkeitskonzept
- Evaluation und Qualitätssicherung
- Projektstruktur und Effizienz
- Dokumentation, Implementation und Dissemination

Auch die beim Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelten öffentlich zugänglichen „*Beccaria-Standards*“ (www.beccaria.de) umfassen Maßnahmen und Anforderungen an die Qualität der Planung, Durchführung und Bewertung präventiver Programme und Projekte.

Die **Beccaria-Standards** beziehen sich dabei auf sieben Arbeitsschritte:

- Problembeschreibung
- Analyse der Entstehungsbedingungen des Problems
- Festlegung der Präventionsziele, Projektzeit und Zielgruppen
- Festlegung der Maßnahmen für die Zielerreichung
- Projektkonzeption und Projektdurchführung
- Überprüfung von Umsetzung und Zielerreichung des Projekts (Evaluation)
- Schlussfolgerungen und Dokumentation

Die interaktiven Online-Beccaria-Schritte unterstützen dabei, ein Projekt systematisch zu planen, durchzuführen und zu überprüfen.

Übersicht: Implementation eines Gesamtkonzepts

Schritt 1: Entscheidung der Leitung für ein Gesamtkonzept zur Gewaltprävention

Diskussion und Informationsaustausch über die Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes im Team / Kollegium, mit den Eltern und in der Einrichtung/im Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern. Beteiligte für das Thema sensibilisieren; Partizipationsmöglichkeiten kommunizieren; Fragen, Kritik, Vorschläge, Ideen sammeln

Schritt 2: Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten für die Entwicklung des Gesamtkonzeptes abklären

Eventuell Arbeitsgruppen / Expertenteam gründen; Informationsveranstaltungen durchführen; Unterstützung durch Fachberatungsstelle einholen; Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Möglichkeit zur Fortbildung geben; Dokumentation des Qualitätsentwicklungsprozesses (Planung, Zielsetzung, Aufgaben, Zuständigkeiten, Lösungen)

Schritt 3: Arbeitsfeldspezifische Problemanalyse (Einrichtung, Schule)

Konfliktzonen (Bereiche, Orte), Umfang und Schweregrad der Gewalttaten und gefährdete Zielgruppen analysieren (Befragungen, Konfliktlandkarten); Aspekte der Ausgangslage berücksichtigen (Präventionskonzepte), Prüfung von Opferschutz, Täterarbeit und Zivilcourage der Gemeinschaft

Schritt 4: Interventionsschritte bei Gewalttaten erarbeiten

Zuständigkeitsbereiche und genaue Handlungsschritte für den Gewaltvorfall abklären und dokumentieren (Checklisten), die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend qualifizieren und bei zukünftigen Vorfällen entsprechend handeln

Schritt 5: Gesamtkonzept und Maßnahmen der Prävention implementieren

Berücksichtigung der Erkenntnisse der Problemanalyse in der Umsetzung der Präventionsarbeit mit dem Team, den Eltern und den Kinder und Jugendlichen; zielgruppenorientierte Auswahl geeigneter Präventionsprogramme bzw. –maßnahmen; Qualifizierung des Fachpersonals und Umsetzung der Maßnahmen entsprechend den Programmvorgaben oder den Kriterien zur Implementierung von Präventionsprogrammen

8 Transfer: Hindernisse und Möglichkeiten

Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die relevanten Praxisfelder, d.h. die erfolgreiche Durchführung wissenschaftlich fundierter Maßnahmen und Programme mit nachhaltiger Wirkung, ist zumeist aufwändig und für Wissenschaftler/innen nicht alleine zu leisten. Daher gilt es von Anfang an, alle involvierten Personengruppen nicht nur für Transferprozesse anzusprechen und zu interessieren, sondern auch aktiv und möglichst frühzeitig in Forschungen einzubinden. Zu den zu beteiligenden Gruppen gehören:

- Professionelle Praktiker/innen; ihre Aufgabe ist es, die wissenschaftlich gestützten Maßnahmen und Handlungsstrategien konkret umzusetzen und auf Problemlösungen im Einzelfall zu übertragen;
- Personen aus dem administrativ-politischen Bereich auf lokaler Ebene; in der Kooperation mit diesen ist die Einbettung des Forschungsthemas in den gesamten Interessens- und Handlungsraum auszuloten;
- Die (beteiligte) Öffentlichkeit, adressiert über Medien; mediale Berichterstattung kann den Transfer maßgeblich unterstützen und ist daher häufig als Begleitmaßnahme gezielt zu planen;
- In Abhängigkeit vom konkreten Thema sind auch indirekt Involvierte (z.B. Eltern), Akteure der Privatwirtschaft sowie politische Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bundesebene aktiv einzubinden.

Ausgangsbasis für Transfer ist die Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren. Dazu gehören der Blick über den Tellerrand des eigenen Feldes, die Akzeptanz der unterschiedlichen Logiken von Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Praxis und Medien sowie die Begegnung auf „Augenhöhe“. Je nach Akteursgruppe sind zusätzlich spezifische Voraussetzungen und entsprechende Aktivitäten notwendig. Diese sind im Folgenden für die drei zentralen Akteursgruppen ausgeführt:

- Wissenschaftler/innen sind gefordert, die Ergebnisse ihrer Forschungen verständlich zu kommunizieren. Neben praxisorientierten Publikationen ist gezielt die mündliche Kommunikation zu suchen. Dazu gehören primär Vorträge für eine nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit; jedoch sind auch spezifische Kommunikationsformen wie Hintergrundgespräche und Austauschforen anzustreben, mit denen vor allem politische Entscheidungsträger/

innen gezielt angesprochen werden können. Generell gilt es, den „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft zu verlassen und Netzwerke für einen erfolgreichen Transfer zu suchen respektive aktiv zu bilden, welche explizit auch Medienvertreter/innen einschließen sollten.

- Professionelle Praktiker/innen benötigen Einsicht in die Notwendigkeit von Maßnahmen. Sie sollten bereit sein, sich aktiv einzubringen und ihren Wissenstand entsprechend zu erweitern. Dies betrifft sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen (z.B. Schulen) als Ganzes. Institutionen sind auf die praktische Umsetzung, die Implementation von wissenschaftlich fundierten Präventionsprogrammen und -maßnahmen vorzubereiten. Insbesondere notwendig für einen erfolgreichen Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Konzeptionen in die Praxis sind arbeitsfähige Teamstrukturen, die eine hohe Akzeptanz innerhalb der Institution genießen und entsprechende administrative Unterstützung erhalten. Sofern diese nicht bereits etabliert sind, sollten sie entwickelt werden. Ein weiterer wichtiger Vorbereitungsschritt besteht darin, lokale Netzwerkstrukturen für den Transfer aufzubauen bzw. zu aktivieren (z.B. Schulämter, kommunale Behörden). Letztlich sollten sowohl professionelle Praktiker/innen als auch Institutionen als Ganze offen sein für die Prüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen durch Evaluation.

- Politische Entscheidungsträger/innen sind gefordert, sich mit der Grundidee einer Politik auseinander zu setzen, die Wirksamkeitsnachweise oder zumindest fundierte Wirksamkeitsprognosen zur Voraussetzung von Maßnahmen macht (evidenzbasierte Politik). Das bedeutet die Akzeptanz sowie den gezielten Einsatz wissenschaftlicher Evaluationen. Dabei ist auch die ökonomische Perspektive zu berücksichtigen. Es gilt, mit Unterstützung von Bildungsökonomen Kosten-Nutzen Überlegungen anzustellen und neben dem gesellschaftlichen Nutzen von Transfermaßnahmen soweit möglich auch den monetären Nutzen abzuschätzen. Für einen flächendeckenden Transfer sind Unterstützungs- und Anreizsysteme zu schaffen, um bei Institutionen und anderen Akteursgruppen die Bereitschaft zu fördern, Präventionsmaßnahmen durchzuführen. Darüber hinaus sollten längerfristig gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über Präventionsmaßnahmen in die Ausbildungscurricula, respektive in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bildungsbereich aufgenommen werden. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Verwaltung zu. Um entsprechendes Verständnis und Akzeptanz in der Gesellschaft bzw. bei spezifischen Gruppen (z.B. Eltern) zu schaffen, sollte zusätzlich gezielte Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Insgesamt erfordert ein erfolgreicher Transfer einen kontinuierlichen Gedankenaustausch zwischen den Beteiligten, den Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen, ein hohes Engagement, sowie Beharrlichkeit und Frustrationstoleranz. Das Ziel – eine erfolgreiche Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen – lohnt zweifellos diesen Einsatz.

Ausblick

Zum Schluss knüpfe ich an die eingangs skizzierten Herausforderungen zur Fortentwicklung der Präventionsarbeit in Deutschland an. DFK und andere Präventionsakteure sind weiterhin gefordert, noch offene Fragen zu den Möglichkeiten eines erfolgreichen Wissenstransfers zu bearbeiten und zu beantworten.

Wie kann es gelingen, die im Leitfaden dargestellten Erkenntnisse noch besser zu verbreiten und einen strukturell spürbaren Fortschritt bei der präventiven Arbeit in allen Handlungsfeldern und insbesondere in den pädagogischen Institutionen zu erreichen?

Der DFK-Sachverständigenrat diskutiert und bearbeitet diese Fragen weiter. Insbesondere kommt es darauf an, eine beispielhafte Kooperation derjenigen Akteure zu gestalten, die sich mit der Qualität und Verbreitung entwicklungsorientierter Präventionsansätze beschäftigen und an Möglichkeiten eines verbesserten Wissenstransfers sowie weitergehender Implementierungshilfen arbeiten.

So wäre es denkbar, ein umfassendes Webportal zu gestalten, das eine Vielzahl von Hinweisen und Hilfestellungen enthält, die für unterschiedliche Bedarfe in den Institutionen, Ämtern und bei den Trägern nützlich sind. Administrative und politische Entscheidungsträgern können sich bei ihren Planungen mit einem solchen Instrument an Empfehlungen orientieren, die von wissenschaftlichen und praktischen Experten abgesichert sind, und Verbesserungen im politischen Willensbildungsprozess herbeiführen.

Weitere Entfaltungen des Ansatzes könnten etwa in die Richtung der Etablierung einer unabhängigen Expertenkommission gehen, welche die Einstufung der Programme vornimmt, so wie dies auch bei der niederländischen „*Datenbank effektiver Jugendinterventionen*“ der Fall ist.

Ob es am Ende zur Entwicklung einer zwischen Bund und Ländern abgestimmten „Nationalen Strategie“ wie z.B. in der Schweiz oder in skandinavischen Staaten kommen wird, ist momentan nicht absehbar, sollte aber als strategisches Ziel im Blick behalten werden. In den vom „*United Nations Office on Drugs and Crime*“ herausgegebenen *Internationalen Standards zur Prävention des Drogenmissbrauchs* werden Charakteristika eines effektiven Präventionssystems beschrieben, die Maßstab der Präventionsarbeit in Deutschland sein sollten:

- eine unterstützende Politik und rechtliche Rahmenbedingungen
- wissenschaftlich begründete Entscheidungsfindungen
- Kooperation in den bzw. Koordination der unterschiedlichen Handlungsfelder (vertikal und horizontal)
- Qualifizierung von Entscheidungsträgern und Praktikern
- politisches Einverständnis, dass angemessene Ressourcen bereit gestellt und langfristig abgesichert werden.

Angesichts der drängenden Herausforderungen auch in anderen Politikfeldern sind diese Prinzipien unumgänglich und Kooperation ist dabei das zentrale Paradigma.

Weiterführende Literatur

Beelmann, A. (2006). Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse und Implikationen der integrativen Erfolgsforschung. Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie, 35, 151-162.

Beelmann, A. (2011). The scientific foundation of prevention. The status quo and future challenges of developmental crime prevention. In T. Bliesener, A. Beelmann & M. Stemmler (Eds.), Antisocial behavior and crime. Contributions of developmental and evaluation research to pre vention and intervention (pp. 137-164). Cambridge: Hogrefe international.

Beelmann, A. (2012). Perspektiven entwicklungsbezogener Kriminalprävention. Desiderate und zukünftige Herausforderungen. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 6, 85-93.

Beelmann, A. & Raabe, T. (2007). Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Behandlung. Göttingen: Hogrefe.

Beelmann, A. & Raabe, T. (2009). The effects of preventing antisocial behaviour and crime in childhood and adolescence: Results and implications of research reviews and meta-analyses. European Journal of Developmental Science, 3, 260-281.

Expertenbeirat „Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten“ (2012). Qualitätskriterienkatalog 2012. Online: http://www.bdp-politische.de/aktuell/qualitaetskriterien.html.

Lösel, F. (2007). Doing evaluation in criminology: Balancing scientific and practical demands. In R.D. King and E. Wincup (Eds.), Doing research on crime and justice, 2nd ed. (pp. 141-170). Oxford, UK: Oxford University Press.

Lösel, F. (2012). Entwicklungsbezogene Prävention von Gewalt und Kriminalität: Ansätze und Wirkungen. Forensische Psychiatrie, Psychologie und Kriminologie, 6, 71-84.

Lösel, F., & Bender, D. (2012). Child social skills training in the prevention of antisocial development and crime. In D.P. Farrington and B. C. Welsh (Eds.), Handbook of crime prevention (pp. 102-129). Oxford, UK: Oxford University Press.

Preiser, S. (Hrsg.). (2009). Qualitätssicherung bei Programmen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Themenheft). Zeitschrift für Politische Psychologie, 3+4/06.

Preiser, S. & Wagner, U. (2003). Gewaltprävention und Gewaltverminderung: Qualitätskriterien für Präventions- und Interventionsprogramme. Report Psychologie, 28, 660-666.

Scheithauer, H. (2003). Aggressives Verhalten von Jungen und Mädchen. Göttingen: Hogrefe.

Scheithauer, H. & Hayer, T. (2007). Psychologische Aggressionstheorien und ihre Bedeutung für die Prävention aggressiven Verhaltens im Kindes- und Jugendalter. In M. Gollwitzer, J. Pfetsch, V. Schneider, A. Schulz, T. Steffke & C. Ulrich (Hrsg.), Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen (S. 15-37). Göttingen: Hogrefe.

Scheithauer, H. & Petermann, F. (2003). Wirksame und effektive psychotherapeutische Interventionen im Kindesalter. In F. Petermann (Hrsg.), Kinderverhaltenstherapie (2., völlig veränd. Aufl.) (S. 328-357). Baltmannsweiler: Schneider.

Scheithauer, H. & Petermann, F. (2004). Aggressiv-dissoziales Verhalten im Kindes- und Jugendalter. In F. Petermann, K. Niebank & H. Scheithauer, Entwicklungswissenschaft. Entwicklungspsychologie - Genetik – Neuropsychologie (S. 367-410). Berlin: Springer.

Scheithauer, H., Rosenbach, C. & Niebank, K. (2012). Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise im Auftrag der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Berlin; 3. korr. und überarb. Aufl. Bonn: Deutsches Forum Kriminalprävention. Online: http://www.kriminalpraevention.de/images/pdf/dfk_2012expertise_gelingensbedingungen_2012.pdf

Schmucker, M., & Lösel, F. (2011). Meta-analysis as a method of systematic reviews. In D. Gadd, S. Karstedt and S. F. Messner (Eds.), The Sage handbook of criminological research methods (pp. 425-443). Thousand Oaks, CA: Sage.

Layoutgestaltung: www.jmp-media.de
Druck und Weiterverarbeitung: www.druckerei-paffenholz.de

Bildquellen Cover: www.fotolia.de
Himmel mit Luftballons © Wolfgang Cibura
great friends © pressmaster

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn

www.kriminalpraevention.de
e-Mail: dfk@bmi.bund.de